GESCHÄFTSBERICHT **2014**

Ehrlich. Effizient. Sicher.

KZVK

Die Katholische
Zusatzversorgungskasse

Hinweise:
Aus rechentechnischen Gründen können in Tabellen und Verweisen Rundungsdifferenzen zu den sich mathematisch exakt ergebenden Werten (Geldeinheiten, Prozentangaben usw.) auftreten.

Aus Gründen der besseren Lesbarkeit verwenden wir im gesamten Geschäftsbericht nur die männliche Geschlechtsform. Selbstverständlich sind immer die weibliche und männliche Form gleichermaßen gemeint.

GESCHÄFTSBERICHT **2014**

Kirchliche Zusatzversorgungskasse
des Verbandes der Diözesen Deutschlands

Fünfjahresvergleich

		2014	Veränderung zum Vorjahr	2013	2012	2011	2010
Bestandsentwicklung							
Beteiligte		7.299	- 6,58 %	7.813	7.923	8.105	8.735
Zusätzliche Abrechnungsstellen		8.265	- 0,24 %	8.285	8.291	8.343	8.378
Pflichtversicherungsverhältnisse		526.697	1,04 %	521.274	511.955	501.767	488.529
Beitragsfreie Versicherungen		633.316	4,07 %	608.545	585.051	559.468	534.240
Freiwillige Versicherungsverträge		39.943	- 0,59 %	40.182	40.447	40.565	40.499
Versorgungsempfänger		143.366	4,57 %	137.097	131.804	126.224	120.488
Vermögens-, Finanz- und Ertragslage							
Bilanzsumme	Mio. €	22.685	34,06 %	16.922	16.125	15.568	14.711
Ausgleichsposten	Mio. €	5.514	736,72 %	659	721	1.042	1.073
Kapitalanlagen	Mio. €	16.806	5,48 %	15.933	15.063	14.268	13.385
Versicherungstechnische Rückstellungen							
Deckungsrückstellungen	Mio. €	22.581	34,23 %	16.822	16.028	15.514	14.657
Sonstige satzungsmäßige Leistungen	Mio. €	4	0 %	4	4	4	4
Überschussbeteiligungen	Mio. €	0	0 %	0	0	0	0
		22.585	34,23 %	16.826	16.032	15.518	14.661
Kapitalanlagendeckungsgrad	%	74,4	- 20,3 Pkt.	94,7	94,0	91,9	91,3
Beiträge und Umlagen	T€	747.032	3,40 %	722.448	629.095	607.975	522.524
Sanierungsgelder	T€	157.202	-	0	148.464	145.320	79.232
Durchschnittlicher Beitrag je angemeldeter Person*	€	1.418	2,31	1.386	1.229	1.212	1.070

* Personen mit beitragsfreien Versicherungen werden nicht berücksichtigt.
Die Berechnung des durchschnittlichen Beitrags erfolgt ohne Sanierungsgelder.

Die KZVK in Kürze

DAS IST DIE KZVK

Die KZVK wurde am 30. August 1976 als rechtlich selbstständige kirchliche Einrichtung mit Sitz in Köln gegründet. Sie hat den Status einer rechtsfähigen Anstalt des öffentlichen Rechts.

Mit über 1,1 Millionen versicherten Personen, mehr als 143.000 Rentenempfängern, 7.299 beteiligten Arbeitgebern, 8.265 zusätzlichen Abrechnungsstellen und damit insgesamt 15.564 Abrechnungsstellen sowie einer Kapitalanlage von über 16,8 Milliarden € gehört die KZVK zu den größten Pensionskassen in Deutschland. 229 Mitarbeiter arbeiten engagiert und mit hoher Kompetenz für die Versicherten und Beteiligten der KZVK.

DAS IST UNSERE AUFGABE

Die Dienstgeber des kirchlichen und kirchlich-caritativen Dienstes im Bereich der Diözesen der Bundesrepublik Deutschland sagen ihren Beschäftigten eine betriebliche Altersversorgung zu. Die KZVK hat die Aufgabe, für die Dienstgeber die betriebliche Altersversorgung nach Maßgabe ihrer Satzung durchzuführen.

DAS VERBINDET UNS

Die KZVK ist Mitglied der Arbeitsgemeinschaft kommunale und kirchliche Altersversorgung (AKA) e. V. Die Fachvereinigung Zusatzversorgung der AKA setzt sich aus 24 kommunalen und kirchlichen Zusatzversorgungskassen zusammen. Die Mitgliedskassen betreuen knapp 40.000 kommunale und kirchliche Arbeitgeber. Versichert sind mehr als 7 Millionen Beschäftigte aus dem kommunalen und kirchlichen Dienst, davon über 3,4 Millionen Pflichtversicherte. Über 1,3 Millionen Rentner haben im Jahr 2013 Leistungen in Höhe von mehr als 4,8 Milliarden € von den Kassen erhalten.

DAS ZEICHNET UNS AUS

Ehrlich. Effizient. Sicher. Wir wollen, dass unsere Kunden sich bei uns gut aufgehoben fühlen. Sie sollen uns vertrauen können. Als professioneller Dienstleister mit klar strukturierten Zuständigkeiten und Prozessen arbeiten wir mit den uns anvertrauten Geldern wirkungsvoll und zuverlässig. Das zahlt sich aus. Bei ausreichender Sicherheit legen wir das Kapital so an, dass ein angemessener Ertrag gewährleistet ist.

INHALTSVERZEICHNIS

01 IHRE KZVK

Der Vorstand 8
Verantwortlichkeiten/Ressorts 10
Die Unternehmensstruktur 11

Bericht des Verwaltungsrates 12
Der Verwaltungsrat 14
Ausschüsse des Verwaltungsrates 15

Der Bereich Personal stellt sich vor 16
Gemeinsam Ziele erreichen 18
Unsere Beteiligten und Versicherten 18
Auf gute Partnerschaft 19
Das Dorfhelferinnenwerk in Sölden 20
Was uns wichtig ist 22
Realitätsnahe Bewertung der Versorgungsverpflichtungen 22

02 LAGEBERICHT

Aufgabe 28
Rechtliche Grundlagen 28
Branchenspezifische Rahmenbedingungen 30
Kapitalmarktentwicklung 30

Geschäftsverlauf 33
Vermögens-, Finanz- und Ertragslage 36
Risikobericht 42
Prognosebericht (Ausblick) 47
Nachtragsbericht 47

03 JAHRESABSCHLUSS

Bilanz 50
Gewinn- und Verlustrechnung 52
Anhang 53

04 ERGEBNIS DER ABSCHLUSSPRÜFUNG

Bescheinigung 68

01 IHRE KZVK

Der Vorstand

Michael Klass, Dr. Thomas Treptow, Dr. Claudia Leimkühler

Sehr geehrte Damen und Herren,

mit dem vorliegenden Geschäftsbericht erhalten Sie Informationen zum Geschäftsverlauf und der Finanzlage unserer Kasse. Sie bekommen aber auch einen Eindruck davon, welche weiteren, maßgeblichen Themen die KZVK im Jahr 2014 und darüber hinaus beschäftigt haben.

Als Zusatzversorgungskasse haben wir die Aufgabe, die unseren Versicherten und Rentnern zugesagten Versorgungsleistungen dauerhaft sicherzustellen. Die inzwischen seit vielen Jahren andauernde Niedrigzinsphase am Kapitalmarkt sowie die steigende Lebenserwartung der Bevölkerung stellen dabei auch für uns große Herausforderungen dar. Die KZVK nimmt ihre Verantwortung gegenüber den Versicherten und beteiligten Arbeitgebern sehr ernst. Sie hat daher mit Augenmaß die erforderlichen Schritte unternommen, um das unverändert hohe Niveau der getroffenen Versorgungszusagen sicher erfüllen zu können:

Wir haben den Rechnungszins in Richtung auf die aktuell langfristig auf dem Kapitalmarkt erzielbare Vermögensverzinsung, die sich aus unserer Sicht kurzfristig nicht verbessern wird, angepasst. Dies führte zu einer realitätsnahen Neubewertung der Verpflichtungen und damit zu einem geringeren Kapitaldeckungsgrad, da sich der Wert der Verpflichtungen erhöht *(vgl. "Was uns wichtig ist" ab S. 22)*.

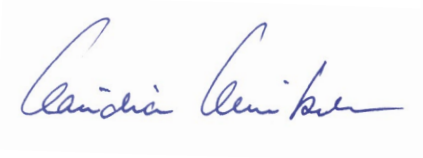
Dieser Schritt hat keinerlei Auswirkungen auf die Finanzlage der Kasse oder den Umfang der konkreten Leistungszusage und spiegelt lediglich unsere Einschätzung zur gegenwärtigen Situation sowie zu den künftigen Entwicklungen, insbesondere auf den Kapitalmärkten, wider. Zugleich schafft er größere Transparenz und stellt die Weichen der Kasse für die Zukunft. Die angepasste, zukunftsgerichtete Bewertung bildet die Basis für die beschlossene schrittweise Erhöhung der Beitragssätze ab 2016 und für die derzeit erarbeitete Neutarifierung der freiwilligen Versicherung. Konsequenterweise wird auch der Hebesatz des Sanierungsgeldes nach Erlangung von Rechtssicherheit unter diesem Aspekt einer erneuten Prüfung unterzogen werden.

Unser Dank gilt unseren Mitarbeitern, die auch 2014 wieder großen Einsatz und Verantwortungsbewusstsein gezeigt haben.

Ihnen, sehr geehrte Damen und Herren, danken wir für den konstruktiven Dialog, Ihre nicht nachlassende Unterstützung und die vertrauensvolle Zusammenarbeit.

Mit freundlichen Grüßen

Michael Klass



Dr. Claudia Leimkühler

Dr. Thomas Treptow

Verantwortlichkeiten/Ressorts

RESSORT KUNDEN UND PRODUKTE
Michael Klass, Köln
Vorstandssprecher ab 10. Juli 2015

RESSORT RISIKOMANAGEMENT
Dr. Claudia Leimkühler, Hamburg
Vorstandssprecherin bis 9. Juli 2015

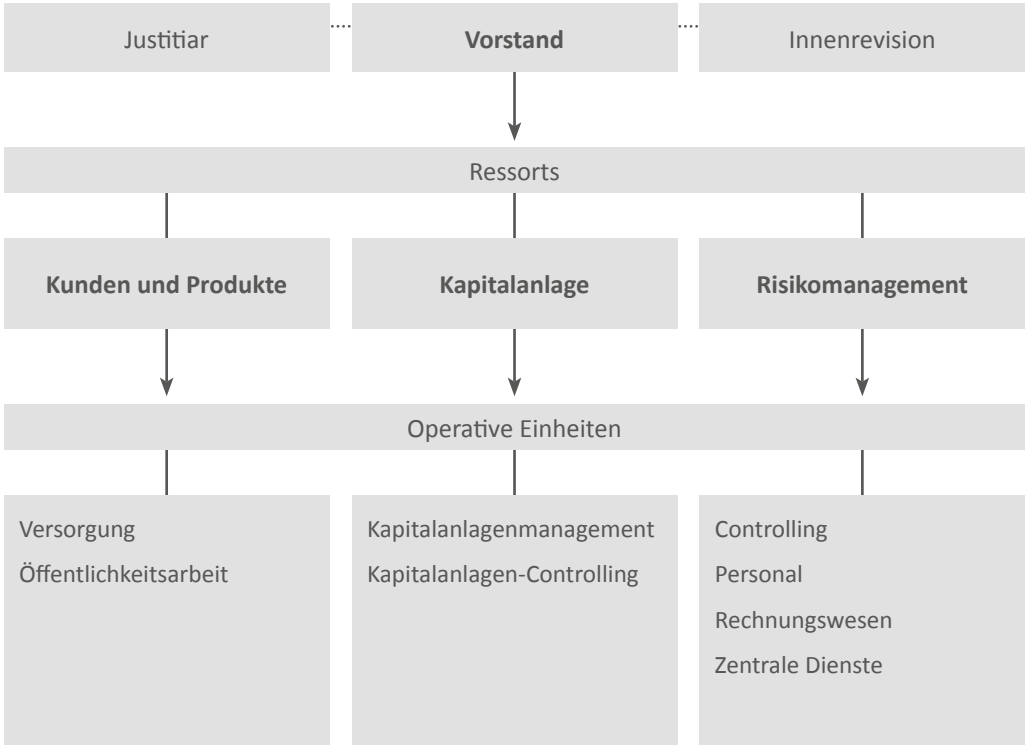
RESSORT KAPITALANLAGE
Dr. Thomas Treptow, Oberasbach, seit 1. August 2014

Die Unternehmensstruktur

Die KZVK ist eine rechtlich selbstständige kirchliche Einrichtung in der Rechtsform einer Anstalt des öffentlichen Rechts mit Sitz in Köln. Träger der Kasse ist der Verband der Diözesen Deutschlands.

In unserem Schaubild erhalten Sie eine Übersicht, die in vereinfachter Form zeigt, in welche Ressorts die Kasse aufgeteilt ist und welche Geschäftsbereiche den einzelnen Ressorts zugeordnet sind.

DIE UNTERNEHMENSSTRUKTUR AUF EINEN BLICK:



Bericht des Verwaltungsrates

VORSITZENDER DES VERWALTUNGSRATES
Generalvikar Prälat Norbert Kleyboldt, Münster

Der Verwaltungsrat hat im Rahmen seiner satzungsmäßigen Aufgaben die Geschäftsführung des Vorstands laufend überwacht und sich von ihrer Ordnungsmäßigkeit überzeugt. Dies erfolgte umfassend, insbesondere durch regelmäßige Berichte des Vorstands sowie fünf Sitzungen des Verwaltungsrates, drei Sitzungen des Arbeitsausschusses und einer Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses.

Der Verwaltungsrat hat sich durch Sitzungen und Berichte des Vorstands über die Entwicklung der Kasse und alle wichtigen Geschäftsvorfälle informiert. Die wesentlichen Arbeitsfelder der Kasse wurden in den genannten Zusammenkünften eingehend mit dem Vorstand beraten und die notwendigen Beschlüsse gefasst.

Der Rechnungsprüfungsausschuss und der Verwaltungsrat haben den Jahresabschluss der Kasse und den Lagebericht sorgfältig geprüft und dem Ergebnis der Prüfung des Jahresabschlusses der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Ernst & Young GmbH zugestimmt. Die Prüfung hat zu keinen Einwänden geführt.

Die Ernst & Young GmbH hat bescheinigt, dass der Jahresabschluss den anzuwendenden Rechnungslegungsvorschriften sowie den ergänzenden Bestimmungen der Satzung entspricht und unter Beachtung dieser Vorschriften ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Kasse vermittelt.

Der Verwaltungsrat hat dem Verband der Diözesen Deutschlands in seiner Funktion als Rechts- und Fachaufsicht empfohlen, den Rechnungsabschluss für das Geschäftsjahr 2014 festzustellen und dem Vorstand Entlastung zu erteilen. Darüber hinaus hat der Verwaltungsrat den Verband der Diözesen Deutschlands gebeten, über die Entlastung des Verwaltungsrates zu entscheiden.

Im Namen des gesamten Verwaltungsrates spreche ich dem Vorstand sowie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Kasse für ihren tatkräftigen Einsatz und für die erfolgreich geleistete Arbeit meinen Dank aus.

Münster, den 1. September 2015

Generalvikar Prälat Norbert Kleyboldt
Vorsitzender des Verwaltungsrates

Der Verwaltungsrat

Vorsitz
Generalvikar Prälat Norbert Kleyboldt, Vorsitzender, Münster
Erzbischof Dr. Stefan Heße, stellvertretender Vorsitzender, Hamburg (bis 26. Januar 2015)

Mitglieder	Vertreter
Maria Bedersdorfer, Mitglied der Arbeitsrechtlichen Kommission des DCV, Darmstadt* (ab 1. November 2014)	NN
Michael Birkle, Religionslehrer, Berlin* (bis 30. November 2014)	**Georg Hillenkamp,** Schleswig* (bis 30. November 2014)
Dr. Martin Böckel, Verwaltungsdirektor, Köln	**Ludger Krösmann,** Essen
Herbert Böhmer, Kindergartenleiter, Krefeld*	**Heinz-Leo Görtzen,** Aachen*
Dieter Erfurth, Geschäftsführer, Gangelt	**Bernd Koch,** Düren*
Georg Grädler, Gemeindereferent, Heidelberg* (bis 31. Dezember 2014)	**Stephan Schwär,** Ehrenkirchen* (bis 31. Dezember 2014)
Georg Hillenkamp, Gemeindereferent, Schleswig (ab 1. Dezember 2014)	NN
Michael Himmelsbach, Erzb. Oberrechtsdirektor, Freiburg	**Eberhard von Alten,** Mainz*
Andrea Hoffmann-Göritz, Bistumsangestellte, Saarbrücken*	**Udo Koser,** Frankfurt am Main*
Andreas Jaster, Fachkrankenpfleger, Berlin*	**Josef Wählen,** Mönchengladbach*
Dr. Birgit Kugel, Diözesan-Caritasdirektorin, Trier*	**Dr. Rainer Brockhoff,** Stuttgart
Hans Jörg Millies, Finanz- und Personalvorstand, Freiburg*	**Norbert Beyer,** Freiburg*
Matthias Mitzscherlich, Diözesan-Caritasdirektor, Dresden*	**Bernhard Brantzen,** Magdeburg*
Dr. Claus C. Nommensen, Arzt, Hannover* (bis 31. Oktober 2014)	**Maria Bedersdorfer,** Darmstadt* (bis 31. Oktober 2014)
Aloys Raming-Freesen, Rechtsdirektor, Osnabrück	**Kirsten Straus,** Trier
Thomas Rühl, Mitglied der Arbeitsrechtlichen Kommission des DCV, Salzkotten*	**Olaf Wittemann,** Bergisch Gladbach*
Stephan Schwär, Gemeindereferent, Ehrenkirchen* (ab 1. Januar 2015)	NN
*pflichtversichert bei der KZVK	

Ausschüsse des Verwaltungsrates

Arbeitsausschuss
Generalvikar Prälat Norbert Kleyboldt, Vorsitzender
Dr. Martin Böckel
Herbert Böhmer (ab 12. März 2015)
Georg Grädler (bis 31. Dezember 2014)
Andreas Jaster
Hans Jörg Millies
Aloys Raming-Freesen
Thomas Rühl

Rechnungsprüfungsausschuss
Generalvikar Prälat Norbert Kleyboldt, Vorsitzender
Dieter Erfurth
Michael Himmelsbach
Andrea Hoffmann-Göritz
Dr. Claus C. Nommensen (bis 31. Oktober 2014)
Stephan Schwär (ab 12. März 2015)

Der Bereich Personal stellt sich vor

Das Team des Personalbereichs nimmt vielfältige Aufgaben wahr.

Auch in diesem Jahr stellt die KZVK wieder einen Bereich des Unternehmens vor. Die Aufgaben der fünf Mitarbeiter im Bereich Personal sind vielfältig: Vom klassischen Personalmanagement – zu dem beispielsweise die Auswahl und Anstellung von Mitarbeitern gehört – über administrative Aufgaben wie die Bearbeitung von Reisekostenabrechnungen oder die Nacherfassung von Arbeitszeiten bis hin zu strategischen Aufgaben. Dazu gehören unter anderem Führungskräfte- und Personalentwicklung, Coaching oder Unterstützung im Projektmanagement.

PROZESS STELLENBEWERTUNGEN

Jenseits dieser regulären Aufgaben brachte das Jahr 2014 für den Personalbereich zudem besondere Herausforderungen mit sich. Die KZVK stieß einen Prozess an, um sämtliche in der Kasse vorhandene Stellentypen – derzeit rund 90 – beschreiben und bewerten zu lassen. Ziel war es, eine klare Einordnung zu ermöglichen, Vergleichbarkeit herzustellen und so eine Basis zu schaffen, auf der auch künftig neue Stellentypen eingeordnet werden können. Hintergrund der Stellenbewertung war die Einführung kirchlichen Tarifrechts in der KZVK. Seit 2014 ist die Kirchliche Arbeits- und Vergütungsordnung für die (Erz-)Bistümer in Nordrhein-Westfalen (KAVO) Grundlage für alle neu abgeschlossenen Arbeitsverträge in der Kasse. Die KAVO sollte nachvollziehbar und transparent eingeführt und die vorhandenen Stellenprofile entsprechend des kirchlichen Arbeitsrechts harmonisiert neubewertet werden. Zwischen KAVO und TVöD sollte Vergleichbarkeit hergestellt werden und eine Überleitung problemlos möglich sein. Darüber hinaus sollten Führungskompetenzen definiert und bewertet werden.

Basierend auf Interviews mit den Mitarbeitern erstellte zunächst ein externer Dienstleister Stellenprofile, die dann von einer internen, paritätisch besetzten Kommission aus Dienstgeber- und Dienstnehmervertretern bewertet und in die KAVO eingeordnet wurden. Durch die Einbeziehung der Dienstnehmervertreter und die hohe Transparenz war der Prozess von großer Akzeptanz der Mitarbeiter geprägt. Rund 50 Arbeitsverträge sind seither in der Kasse mit Bezugnahme auf die KAVO geschlossen worden, darunter überwiegend Verträge aufgrund eines freiwilligen Wechsels vom Tarifwerk des öffentlichen Dienstes in die kirchliche Arbeits- und Vergütungsordnung.

BETRIEBLICHES GESUNDHEITSMANAGEMENT

Auch im betrieblichen Kontext lässt sich Gesundheit positiv beeinflussen. Daher ist das Thema betriebliches Gesundheitsmanagement ein weiterer Schwerpunkt der Arbeit des Personalbereichs. Dazu gehören auch Resilienz, d. h. die Widerstandsfähigkeit gegen Stress, sowie der Umgang mit psychischer Belastung. Verschiedene Faktoren können Einfluss haben auf die psychische Belastung bei der Arbeit, etwa die Arbeitsintensität, die soziale Unterstützung am Arbeitsplatz oder Dauer, Lage und Verteilung der Arbeitszeit. Das Arbeitsschutzgesetz verpflichtet dazu, auf Basis einer Beurteilung der Arbeitsbedingungen, zu ermitteln, welche Maßnahmen des Arbeitsschutzes erforderlich sind. Die Kasse unterstützt daher das betriebliche Gesundheitsmanagement durch verschiedene Angebote, darunter Betriebssport, ergonomische Arbeitsmittel, regelmäßige Angebote von ärztlicher oder physiotherapeutischer Betreuung, Vermittlung von Kinder- und Elternbetreuung oder persönlicher Austausch zum Thema Resilienz.

In der KAVO ist zudem geregelt, dass ein Beschäftigter Anspruch hat auf bis zu drei Tage Exerzitien pro Jahr. Die Exerzitien sollen dem Einzelnen die Möglichkeit zur Einkehr, Besinnung und Meditation eröffnen. Die Mitarbeiter der Kasse können die Exerzitien daher bei Bedarf nutzen, um Klarheit für das eigene Leben zu erlangen, Kräfte zu sammeln und gestärkt in den Arbeitsalltag zurückzukehren.

PERSONALENTWICKLUNG

Nicht zuletzt beschäftigt den Bereich Personal das Thema Personal- und Führungskräfteentwicklung stark. Dazu gehört die gezielte Förderung von Führungskräften und Mitarbeitern, um die Unternehmensziele unter Berücksichtigung der Bedürfnisse und Qualifikation des Mitarbeiters oder einer Gruppe von Mitarbeitern optimal zu erreichen. Ziel ist es dabei, die Mitarbeiter durch kontinuierlichen Ausbau ihrer Fähigkeiten und Kompetenzen auf die aktuellen und künftigen Anforderungen des Unternehmens vorzubereiten.

AUSBILDUNG

Ab dem Ausbildungsjahr 2015 stellt die KZVK erstmals seit längerer Zeit wieder Auszubildende ein, und zwar in den Bereichen IT und Versorgung. Erste vorbereitende Schritte dazu wurden bereits 2014 gemacht. Die Rekrutierung und Förderung des Nachwuchses sichert die Zukunftsfähigkeit der Kasse und beugt dem Wissensverlust vor, der andernfalls entstehen könnte, wenn in einigen Jahren viele erfahrene Kollegen in den Ruhestand eintreten.

Gemeinsam Ziele erreichen

Unsere Beteiligten und Versicherten

Auf gute Partnerschaft

Hand in Hand für mehr Sicherheit – die Basis unserer Arbeit ist das Vertrauen der Versicherten und Arbeitgeber katholischer Einrichtungen in die KZVK. Dies macht uns zu einem starken Versicherungsunternehmen für eine große Solidargemeinschaft. Unser umsichtiges und planvolles Wirtschaften zahlt sich für jeden von Ihnen aus.

Wir sind die Zusatzversorgungseinrichtung für die katholisch-kirchlichen und caritativen Einrichtungen in den Diözesen der Bundesrepublik Deutschland. Dazu gehören sowohl Träger von großen überregionalen Krankenhausbetrieben als auch kleine lokale Trägervereine. Wir sind verlässlicher Partner aller bei uns beteiligten Einrichtungen in ihrer gesamten Unterschiedlichkeit. Seite an Seite mit ihnen streben wir individuelle, auf den Einzelfall abgestimmte Lösungen an. Gemeinsam tragen wir dafür Sorge, dass die Beschäftigten im Versorgungsfall ein Stück mehr an finanzieller Sicherheit erhalten.

Dabei setzen wir unter Berücksichtigung der jeweiligen Besonderheiten auf ein vertrauensvolles Miteinander und suchen im Rahmen unserer Möglichkeiten den persönlichen Kontakt zu den Beteiligten und den Versicherten. Dies gilt für den kleinen Kindergartenbetrieb genauso wie für den großen Betreiber von Krankenhauseinrichtungen.

Wir wollen, dass Sie, die beteiligten Arbeitgeber und die versicherten Beschäftigten, sich bei uns gut aufgehoben fühlen.

Die Partner der KZVK leisten wertvolle Arbeit im sozialen Bereich.
Hier stellen wir Ihnen eine erfolgreiche Einrichtung exemplarisch vor.

Das Dorfhelferinnenwerk in Sölden

Die Dorfhelferinnen übernehmen bei ihrem Einsatz vorübergehend das Familienmanagement.

Seit etwas mehr als einem Jahr arbeitet Marina Allgeier als Familienpflegerin im Dorfhelferinnenwerk Sölden. "Das ist mein Traumberuf", erzählt die 22-Jährige. "Mit acht Jahren kam ich zum ersten Mal mit dem Beruf der Dorfhelferin in Berührung. Damals erlebte ich eine Dorfhelferin in unserer Nachbarschaft und war sofort begeistert, wie mühelos sie sich in einem fremden Haushalt und in einer fremden Familie zurechtfand." Jetzt übt Marina Allgeier diesen Beruf selbst aus. Gerade hat sie über mehrere Wochen die Arbeit einer Mutter übernommen, die nach einer schweren OP ihre drei Kinder im Alter von einem, vier und sechs Jahren nicht selbst versorgen konnte. Zu ihren Tätigkeiten gehören alle Arbeiten, die in der Familie anstehen: Mahlzeiten zubereiten, Kinder in den Kindergarten oder die Schule bringen und wieder abholen, Hausaufgabenbetreuung, Säuglingspflege, Einkaufen, Waschen und Bügeln, Freizeitgestaltung usw. Heute muss sie sich von der Familie verabschieden, was ihr nicht leicht fällt. In den vergangenen Wochen sind ihr besonders die Kinder ans Herz gewachsen. "Aber", so sagt sie lachend, "die nächste Familie wartet schon auf mich und Langeweile gibt es in meinem Beruf nie."

2014 feierte das Dorfhelferinnenwerk Sölden e. V. (DHW) seinen 60. Geburtstag. Gegründet wurde es 1954 von Elisabeth Schwander, damals Landfrauenreferentin beim Katholischen Deutschen Frauenbund in Freiburg. Schwanders Idee war es, einerseits Bäuerinnen Hilfe im Krankheitsfall zu bieten und andererseits eine Ausbildungsmöglichkeit für Mädchen vom Land zu schaffen. Sie startete mit nur wenigen Dorfhelferinnen, heute sind rund 270 Frauen – und auch ein Mann – in über 80 Stationsgebieten für das DHW tätig. Es ist der größte Träger

von Familienpflege in Baden-Württemberg. Sitz der Verwaltung ist auch heute noch das ehemalige Priorat der Benediktiner in Sölden bei Freiburg. Das DHW ist Mitglied im Diözesancaritasverband Freiburg.

In ihren Anfangszeiten halfen die Dorfhelferinnen vor allem in Bauernfamilien aus. Heute hat sich das Tätigkeitsfeld stark gewandelt. Zwar gibt es auch heute noch Einsätze mit landwirtschaftlichem Schwerpunkt, jedoch nimmt dieser Bereich stetig ab. Den bei Weitem größten Anteil haben jetzt Einsätze in Familien ohne Landwirtschaft im Auftrag der gesetzlichen Krankenkassen. Eine Familie kann die Unterstützung einer Dorfhelferin bekommen, wenn die Person, die normalerweise das Familienmanagement innehat, krankheitsbedingt ausfällt und Kinder zu versorgen sind. Stark zugenommen haben in den letzten Jahren die Einsätze im Auftrag der Jugendhilfe. Die Aufgabenstellungen sind vielschichtiger geworden. Vor allem sozialpädagogische und psychologische Qualifikationen haben an Bedeutung gewonnen.

Die Arbeit einer Dorfhelferin ist so vielfältig wie das Familienleben heutzutage. Die Mitarbeiterinnen treffen auf unterschiedlichste Denkweisen, Lebenssituationen, Wertvorstellungen und Erziehungsstile. Sie erleben ihre Arbeit als bereichernd, anregend und manchmal auch als schwierig und belastend. Sie sind ständig neu gefordert, sich auf die unterschiedlichsten Familiensituationen einzulassen. Es gibt familiäre Situationen, die kompliziert und verfahren sind. Manchmal ist die Mitarbeiterin bis zum Tod der Mutter im Einsatz. Es gibt viele psychische Erkrankungen und Belastungen. Doch gibt es natürlich auch die erfreulichen Einsätze nach einer Geburt. Die Dorfhelferinnen verstehen es bei jedem Einsatz, die Familien mit Einfühlungsvermögen und Sachverstand so zu unterstützen, wie es gerade notwendig ist. Sie sind zupackend, tröstend und können zuhören. Sie bewahren die Ruhe im Chaos, bringen wieder Struktur in den Alltag, machen Hausaufgaben mit den Kindern und erledigen Haushalt und Garten. Auch das seit einiger Zeit angebotene HaushaltsOrganisationsTraining® (HOT) wird zunehmend nachgefragt. Dabei übt die Mitarbeiterin mit der Familie die eigenständige Führung des Haushalts und die altersgerechte Versorgung der Kinder.

Das DHW ist ein lebendiges und komplexes Netzwerk mit vielen unterschiedlichen Akteuren. Alle gemeinsam sind dafür angetreten, Familien in den unterschiedlichsten Not- und Krisensituationen zu unterstützen, sodass sie sich dann wieder selbstständig helfen können. Im vergangenen Jahr haben die Dorfhelferinnen ca. 2.200 Familien in über 250.000 Einsatzstunden unterstützt.

Neben der eigentlichen Arbeit in den Familien sind die Mitarbeiterinnen oft gefordert durch das hohe Maß an Flexibilität, das dieser Beruf mit sich bringt. Denn es gibt keine regelmäßigen Arbeitszeiten, sondern ständig wechselnde Einsatzzeiten. Manchmal hat eine Mitarbeiterin an einem Tag zwei oder sogar drei Familien zu versorgen. Als Dorfhelferinnen sind sie überwiegend "auf dem Land" unterwegs, was lange Fahrtstrecken mit sich bringt. Umso erfreulicher ist es, dass das DHW immer wieder junge Frauen gewinnen kann, die genau diese Arbeit als ihre Berufung empfinden. Auch nach einer Familienpause kommen viele Mitarbeiterinnen wieder zurück. Neben der Befriedigung, die ein erfüllender Job mit sich bringt, spielen auch die Leistungen, die das Werk als kirchlicher Arbeitgeber bieten kann, bei der Zufriedenheit der Dorfhelferinnen eine Rolle. Nicht zuletzt gehört dazu die Zusatzversorgung der KZVK.

Mehr Informationen über das Dorfhelferinnenwerk Sölden e. V. erhalten Sie telefonisch unter 0761 40106-11 oder unter www.dorfhelferinnenwerk.de.

Elisabeth Groß
Geschäftsführerin

Was uns wichtig ist

Realitätsnahe Bewertung der Versorgungsverpflichtungen

Die Rahmenbedingungen der Zusatzversorgung in Bezug auf die Kapitalmärkte und die demographische Entwicklung haben sich seit der Umstellung des Versorgungssystems im Jahr 2002 signifikant verändert. Darauf hat die KZVK bereits in der Vergangenheit reagiert und erforderliche Maßnahmen zur Sicherung ihrer Versorgungsverpflichtungen getroffen. Die lang anhaltende Niedrigzinsphase mit aktuell historischen Tiefständen der Renditen sicherer Wertpapiere macht eine weitere Anpassung der Bewertung und damit auch der Finanzierung der Zahlungsverpflichtungen erforderlich. Der bilanzielle Ausweis erfolgt entsprechend mit der Konsequenz eines um ca. 5 Mrd. € anwachsenden Fehlbetrages.

GRUNDLAGEN DER SYSTEMUMSTELLUNG 2002

Die KZVK hat die Aufgabe, Dienstnehmern des kirchlichen und kirchlich-caritativen Dienstes eine Zusatzversorgung nach den für Angestellte im öffentlichen Dienst geltenden Grundsätzen zu gewähren.

Die Tarifvertragsparteien des öffentlichen Dienstes haben zum 1. Januar 2002 das damalige Gesamtversorgungssystem auf ein beitragsorientiertes Punktemodell umgestellt. Bei Renditen

sicherer Wertpapiere von um die 8 % und teilweise mehr wurden in der damaligen Hochzinsphase Leistungen auf der Grundlage einer erwarteten Verzinsung von mehr als 6,25 % zugesagt.

Für die Bewertung der Leistungsverpflichtungen wurde auf dieser Basis angenommen, dass in der Anwartschaftsphase immer eine Verzinsung von 3,25 % erzielbar ist und die darüber hinausgehende erwartete Verzinsung von 3 % zur Finanzierung der sozialen Komponenten wie insbesondere Zurechnungs- und Elternzeiten verwendet werden kann. Für die Rentenphase wurde davon ausgegangen, dass immer eine Verzinsung von 5,25 % erzielbar ist und die angenommene darüber hinausgehende Verzinsung von 1 % die jährliche Anpassung der Renten finanziert. Zudem wurden für die biometrischen Daten der Versicherten (Lebenserwartung, Pensionierungsalter, Invalidität etc.) von den Tarifvertragsparteien die seinerzeit aktuellen Heubeck Richttafeln 1998 zugrunde gelegt.

ANPASSUNGEN AN VERÄNDERTE RAHMENBEDINGUNGEN

Die tatsächliche Entwicklung der Kapitalmärkte und Versichertenbestände zeigt jedoch, dass sich gegenüber den Annahmen zum Zeitpunkt der Umstellung auf das Punktemodell erhebliche Abweichungen ergeben haben. Die Verzinsungsmöglichkeiten sicherer Kapitalanlagen sind in den letzten Jahren drastisch gesunken, während die Lebenserwartung der Versicherten seitdem deutlich gestiegen ist. Die KZVK hat diese Entwicklungen stets sorgfältig beobachtet und dabei jeweils die erforderlichen Maßnahmen ergriffen.

So bezieht die KZVK bereits seit 2002 die jährlichen Rentenanpassungen von 1 % und die aus der Gewährung der sozialen Komponente Zurechnungszeit resultierenden Verpflichtungen mit in die Bewertung und den bilanziellen Ausweis der Deckungsrückstellung ein. Als Rechnungsgrundlagen für die Ermittlung der Deckungsrückstellung verwendet die KZVK schon seit 2008 die Richttafeln 2005G von Heubeck angepasst an die im Versichertenbestand der Kasse beobachteten biometrischen Verhältnisse.

Um dem höheren Finanzierungsbedarf durch die veränderte Situation auf dem Kapitalmarkt und die längere Lebens- und damit Rentenzahlungszeit zu begegnen, hat die Kasse zum einen den Beitrag in der Pflichtversicherung stufenweise von 4 % auf 4,4 % ab dem 1. Januar 2011 und auf 4,8 % ab dem 1. Januar 2013 angehoben. Sie hat zum anderen den Sanierungsgeldsatz für die Jahre ab 2010 auf 1,35 % erhöht.

Für die freiwillige Versicherung war über die vertraglich zugesagte Leistung hinaus im Vorgriff auf erwartete höhere Erträge eine vorgezogene Überschussbeteiligung vorgesehen. Für alle bis zum 31. Dezember 2009 erworbenen Anwartschaften und für alle Beiträge ab 1. Januar 2010 ist der vorgezogene Überschussanteil entfallen.

Die Vorgaben und Empfehlungen des Verantwortlichen Aktuars, der jährlich die Finanzlage der Kasse darauf hin überprüft, ob die dauernde Erfüllbarkeit der Versorgungsverpflichtungen gewährleistet ist, wurden durch zusätzliche Stärkungen der Deckungsrückstellung und Anpassungen der Zahlungsverpflichtungen umgesetzt. Der Bewertung liegt die Annahme zugrunde, dass die dauerhafte Erfüllbarkeit der Verpflichtungen bei einem langfristig erzielbaren Ertrag von ca. 4 % der Vermögensanlagen gegeben ist.

AKTUELLE VERÄNDERUNGEN AM KAPITALMARKT

Die seit der Finanz- und Schuldenkrise zu verzeichnende Entwicklung sinkender Zinsen hat sich in jüngerer Zeit verstärkt. Die Europäische Zentralbank (EZB) hat ihren Leitzins im September 2014 auf ein Rekordtief von 0,05 % gesenkt. Zudem führt die Umsetzung des bis September 2016 geplanten massiven Anleiheankaufprogramms der EZB zu erheblichen Verwerfungen am Kapitalmarkt. Insbesondere die Entwicklung am Zinsmarkt mit unerwartet niedrigen Zinsen und einem länger andauernden extrem niedrigen Zinsniveau war in diesem Ausmaß nicht vorhersehbar. Die volkswirtschaftlichen Rahmenbedingungen in der Eurozone sowie die zunehmende Gefahr einer Blasenbildung an den Aktien- und Immobilienmärkten deuten zudem nicht auf ein kurzfristiges Ende der Niedrigzinsphase hin.

Das rückläufige Zinsniveau auf dem Kapitalmarkt führt zu sinkenden Erträgen. Die mit der Anlagepolitik der Kasse erzielte Verzinsung hat sich gegenüber dem seinerzeit unterstellten Ertragswert von über 6,25 % aktuell in etwa halbiert. Neue Investitionen in sichere Kapitalanlagen können nur zu einem deutlich niedrigeren Zinssatz erfolgen. Derzeit ist nicht absehbar, wann wieder mit einem steigenden Zinsniveau auf den Kapitalmärkten gerechnet werden kann. Dieser veränderten Einschätzung der Verzinsungsmöglichkeiten am Kapitalmarkt hat die KZVK nun Rechnung getragen.

MASSNAHMEN IM BERICHTSJAHR 2014

Die Kasse hat daher in Abstimmung mit dem Verantwortlichen Aktuar den Rechnungszins für die Ermittlung der Deckungsrückstellung auf 3,25 % sowohl für die Anwartschaftsphase als auch für die Rentenphase festgesetzt. Diese veränderte Berechnungsgrundlage führt zu einer Neubewertung der Verpflichtungen und damit einer Erhöhung des Wertes der Deckungsrückstellung, weil bei niedrigerer Verzinsung mehr Kapital zur Deckung der Verpflichtungen benötigt wird. Somit hat die KZVK eine erhebliche Stärkung der Deckungsrückstellung vorgenommen.

Durch die Neubewertung der Verpflichtungen hat sich der in der Bilanz der KZVK ausgewiesene Ausgleichsposten erhöht und der Kapitaldeckungsgrad ging im Berichtsjahr auf 74,4 % zurück. Die KZVK hat deshalb im Berichtsjahr beschlossen, die Beiträge in der Pflichtversicherung von 4,8 % stufenweise jeweils zum 1. Januar ab 2016 auf 5,3 %, ab 2018 auf 5,8 %, ab 2020 auf 6,3 %, ab 2022 auf 6,8 % und ab 2024 auf 7,1 % anzuheben.

Die Beitragssatzanpassung stellt für die Dienstgeber eine erhebliche finanzielle Belastung dar. Deshalb erfolgt die stufenweise Anhebung gezielt langfristig gestreckt über einen Zeitraum von acht Jahren. Von einer Heraufsetzung bereits im Jahr 2015 wurde bewusst abgesehen, damit die bei der Kasse beteiligten Dienstgeber die Möglichkeit haben, die Beitragssatzanhebungen rechtzeitig in ihre Planungen einzubeziehen. Die zeitliche Streckung ermöglicht auch, künftige signifikante Änderungen des Zinsniveaus zu berücksichtigen. Dies gilt sowohl bei einem Anstieg des Kapitalmarktzinses als auch bei dessen weiterem Sinken.

Mit Blick auf die derzeit beim Bundesgerichtshof anhängige Überprüfung der vom Verwaltungsrat der Kasse gefassten Hebesatzbeschlüsse zum Sanierungsgeld aus den Jahren 2009 und 2010 hat die Kasse den Sanierungsgeldsatz von 1,35 % noch nicht angepasst. Die Finanzierung der im Gesamtversorgungssystem bis 2001 entstandenen Anrechte in der Pflicht-

versicherung muss auch eine weiterhin ungünstige Kapitalmarktentwicklung und eine veränderte Biometrie berücksichtigen.

In der freiwilligen Versicherung prüft die Kasse gegenwärtig, wie sie auf die aktuellen Entwicklungen des Kapitalmarktes und der Biometrie angemessen und in erforderlichem Umfang reagieren kann.

KEINE AUSWIRKUNGEN AUF DIE VERSORGUNGSVERPFLICHTUNGEN

Die Neubewertung der Versorgungsverpflichtungen in der Pflichtversicherung hat auf den Umfang der tarifvertraglich begründeten Versorgungsleistungen selbst keinen Einfluss. Diese werden nicht herabgesetzt. Die Finanzlage der KZVK hat sich nicht verändert, geändert hat sich nur die Einschätzung der künftigen Entwicklung insbesondere auf den Kapitalmärkten.

FAZIT

Der KZVK ist wichtig, die Erfüllbarkeit ihrer Leistungsverpflichtungen dauerhaft sicherzustellen. Dazu ergreift sie die erforderlichen Maßnahmen und berücksichtigt sie in ihrem Jahresabschluss.

02 LAGEBERICHT

Aufgabe

Die Dienstgeber des kirchlichen und kirchlich-caritativen Dienstes im Bereich der Diözesen der Bundesrepublik Deutschland sagen ihren Beschäftigten eine betriebliche Alters-, Invaliditäts- und Hinterbliebenenversorgung zu. Die Kirchliche Zusatzversorgungskasse des Verbandes der Diözesen Deutschlands hat die Aufgabe, für die Dienstgeber des kirchlichen und kirchlich-caritativen Dienstes die betriebliche Altersversorgung nach Maßgabe der Satzung der Kasse durchzuführen.

Diese betriebliche Altersversorgung sieht neben der vom Dienstgeber finanzierten Pflichtversicherung der Beschäftigten ergänzend auch den Abschluss einer freiwilligen Versicherung vor. Damit steht den Beschäftigten die Möglichkeit offen, zusätzlich zur Pflichtversicherung eine betriebliche Altersversorgung im Wege einer Bruttoentgeltumwandlung oder unter Nutzung der sogenannten Riester-Förderung durchzuführen.

Rechtliche Grundlagen

Die Kirchliche Zusatzversorgungskasse des Verbandes der Diözesen Deutschlands wurde durch Beschluss der Vollversammlung des Verbandes der Diözesen Deutschlands am 30. August 1976 als rechtlich selbstständige kirchliche Einrichtung mit Sitz in Köln errichtet. Zugleich erhielt die Kasse durch Gesetz des Landes Nordrhein-Westfalen vom 15. Juli 1976 den Status einer rechtsfähigen Anstalt des öffentlichen Rechts.

Die Kasse ist ein öffentlich-rechtliches Versicherungsunternehmen im Sinne des § 1a VAG. Sie wurde jedoch von der staatlichen Versicherungsaufsicht freigestellt (BGBl. 1988 I S. 529). Die Rechts- und Fachaufsicht führt der Verband der Diözesen Deutschlands durch. Neben dieser Aufsicht besteht eine Körperschaftsaufsicht durch die Staatskanzlei des Landes Nordrhein-Westfalen.

Die Kirchliche Zusatzversorgungskasse ist Mitglied der Arbeitsgemeinschaft kommunale und kirchliche Altersversorgung (AKA) e.V.

Aufgrund des Errichtungsbeschlusses und des -gesetzes entspricht das Leistungsrecht der Kasse in der Pflichtversicherung im Wesentlichen der jeweils geltenden Mustersatzung der AKA, die wiederum das Versorgungstarifrecht des öffentlichen Dienstes (ATV-K) übernimmt. Durch den genannten Tarifvertrag wurde mit Wirkung zum 1. Januar 2002 das neue Betriebsrentensystem in Form des Punktemodells festgelegt, das frühere Gesamtversorgungssystem geschlossen und die Besitzstände jeweils für die rentenfernen und rentennahen Jahrgänge unterschiedlich konzipiert und als Startgutschriften in die Pflichtversicherung nach dem Punktemodell überführt. Gleichzeitig wurde die Grundlage für eine freiwillige Versicherung auf Basis des Punktemodells geschaffen.

Sowohl die Arbeitsvertragsrichtlinien der Caritas als auch die Arbeitsvertragsordnungen der meisten Bistümer verweisen hinsichtlich der Ausgestaltung der Versorgung auf die Satzung der Kasse.

Die im Berichtsjahr beschlossene siebzehnte Änderung der Kassensatzung implementiert in erster Linie in § 63 a ein neues Finanzierungselement, den sogenannten "Finanzierungsbeitrag", in das Regelwerk der Kasse. Bedingt durch die Implementierung des Finanzierungsbeitrags bedurfte es zudem einiger Anpassungen im Bereich der Finanzierungs- und Rechnungswesensvorschriften sowie der Einfügung einer Anlage zur Satzung, die zur Verdeutlichung der dem Finanzierungsbeitrag zugrundeliegenden Regelungsmechanismen einen beispielhaften Finanzierungsplan enthält.

Der Finanzierungsbeitrag ist ein alternatives Finanzierungsinstrument für den Fall, dass der Bundesgerichtshof entgegen der kassenseitigen Einschätzung und entgegen der Urteile des OLG Köln die Sanierungsgelderhebungen durch die KZVK für rechtlich unwirksam erklärt. Ein solches Finanzierungsinstrument hat bereits das OLG Hamm ausdrücklich für zulässig erachtet. Der Finanzierungsbeitrag ist somit nur als Auffanglösung für den Fall einer aus Sicht der Kasse negativen Entscheidung des Bundesgerichtshofs vorgesehen.

Das Oberlandesgericht Köln hat mit mehreren Urteilen am 31. Juli 2014 entschieden, dass die KZVK das Sanierungsgeld rechtmäßig erhoben hat. Es hält den Beschluss des Verwaltungsrates der Kasse vom 20. Mai 2010, mit dem dieser rückwirkend für die Zeit vom 1. Januar 2002 bis zum 31. Dezember 2009 den Hebesatz für das Sanierungsgeld festgelegt hat, für rechtswirksam. Insbesondere habe der Verwaltungsrat die zu erwartenden künftigen ungünstigeren Kapitalmarktrenditen und die veränderte Biometrie berücksichtigen dürfen. Gegen einen Teil der Urteile wurde die vom Oberlandesgericht Köln zugelassene Revision eingelegt.

Mit Blick auf die Entscheidungen des Oberlandesgerichts Köln hat die KZVK im November 2014 das Sanierungsgeld für das Abrechnungsjahr 2013 erhoben. Um eine einmalige außerordentliche finanzielle Belastung der Beteiligten der Kasse zu vermeiden, wurde die in 2013 nicht eingeforderte Sanierungsgeldzahlung für das Abrechnungsjahr 2012 nicht erhoben.

Mit der VBL besteht ein Abkommen zur gegenseitigen Anerkennung von Versicherungszeiten in Bezug auf die Wartezeiterfüllung (Überleitungsabkommen). Im Verhältnis zu den in der AKA zusammengeschlossenen Kassen ist die KZVK dem dort geltenden "Überleitungsstatut" beigetreten. Hierdurch ist bei einem Arbeitsplatzwechsel die Einzelüberleitung des Versicherungsverhältnisses auf Initiative der einzelnen Versicherten möglich. Eine Überleitung bei einem Wechsel von Arbeitnehmergruppen ist hingegen nicht möglich.

Branchenspezifische Rahmenbedingungen

Die Bistümer haben die in den Vorjahren eingeleiteten Konsolidierungsmaßnahmen im Berichtsjahr fortgesetzt. Dies hat im Bereich der Verwaltungen zu weiteren Zusammenlegungen geführt. Kirchengemeinden und ihre Einrichtungen wurden zu größeren Einheiten zusammengeschlossen, Kindergärten bistumsweit von Kirchengemeinden auf Betriebsgesellschaften übertragen.

Mehr als 35 % aller Pflichtversicherungsverhältnisse der Kasse kommen aus dem Bereich der Krankenhauseinrichtungen, die Übrigen verteilen sich auf acht Einrichtungsarten. Der Krankenhaus Rating Report 2014 mit den Werten aus 2012 zeigt auf, dass die wirtschaftliche Situation der deutschen Krankenhäuser deutlich schlechter geworden ist. 16 % der Krankenhäuser hätten demnach eine erhöhte Insolvenzgefahr aufgewiesen, zwei Jahre zuvor seien es nur halb so viele gewesen. 35 % hätten 2012 auf Konzernebene einen Jahresverlust ausgewiesen, 2010 seien es nur 16 % gewesen.

Die Autoren der Studie erwarteten, dass die 2013 beschlossenen Finanzhilfen bis 2014 zu einer Stabilisierung führen würden. Auf mittlere Sicht bleibe die Lage aber angespannt. Bis 2020 könnten etwa 13 % der Krankenhäuser aus dem Markt ausscheiden.

Die Autoren gehen weiter davon aus, dass die Kosten stärker als die Erlöse steigen werden und zu wenig investiert werde. Die Studie kommt zu dem Ergebnis, dass 2012 fast die Hälfte aller deutschen Kliniken nicht ausreichend investitionsfähig war, um den Substanzerhalt sicherzustellen.

Der Marktanteil der freigemeinnützigen Krankenhauseinrichtungen gemessen an der Bettenzahl ist dem Report zufolge mit 34,4 % konstant geblieben. Angesicht des massiven Kostendrucks und des Zwangs der Schaffung von effizienteren Krankenhausstrukturen kann jedoch nicht ausgeschlossen werden, dass sich in den kommenden Jahren der Marktanteil und die Zahl der freigemeinnützigen Krankenhauseinrichtungen rückläufig entwickelt.

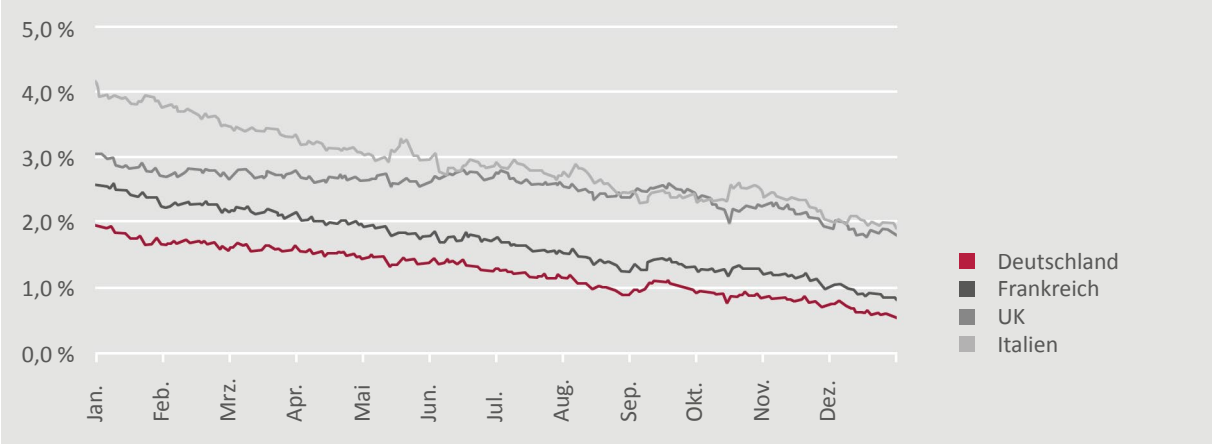
Kapitalmarktentwicklung

Im Jahr 2014 war die Weltwirtschaft insgesamt durch ein verhaltenes Wachstum und geopolitische Krisen geprägt. Die verschiedenen Wirtschaftsräume entwickelten sich hierbei jedoch recht unterschiedlich, wobei die Notenbanken durch ihre Politik einen maßgeblichen Einfluss auf die Kapitalmärkte ausübten. In den USA schränkte die FED ihre Eingriffe in den Kapitalmarkt aufgrund solider Wachstums- und Beschäftigungszahlen ein und beendete ihre Ankäufe von Wertpapieren (Quantitative Easing). Die Erwartung eines baldigen Zinsanstiegs sorgte hier für einen positiven Trend der kurzfristigen Renditen, während die Renditen langfristiger Anleihen aufgrund der hohen Nachfrage weiter zurückgingen.

Ein anderes Bild zeigte die Eurozone, die entgegen der Prognosen und trotz eines guten Starts in das Jahr 2014 nicht zu stärkerem Wachstum finden konnte. Grund für diese insgesamt schwache konjunkturelle Entwicklung waren u. a. die anhaltenden Strukturprobleme nicht nur der südlichen Peripheriestaaten, sondern insbesondere der großen Volkswirtschaften Frankreich und Italien. Auch die Krisenherde in der Ukraine sowie im Nahen und Mittleren Osten trugen zu der negativen Wirtschaftsentwicklung im Euroraum bei. Ausdruck dieser Gesamtlage waren sinkende Preise und rückläufige Inflationserwartungen.

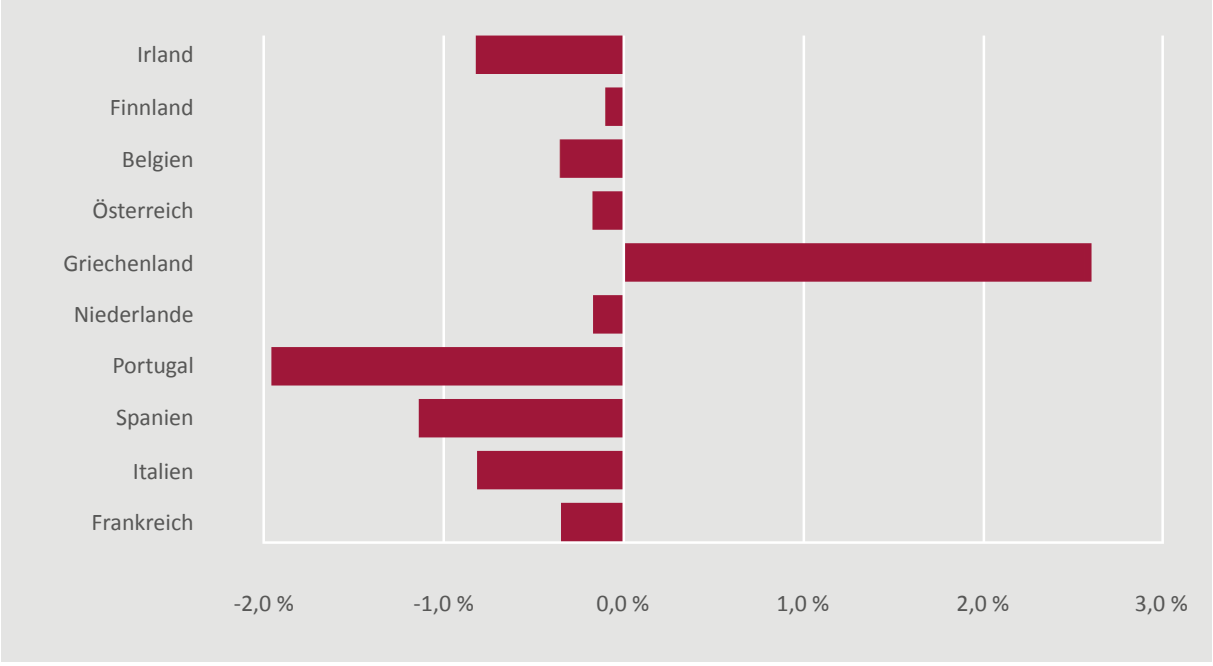
Um dieser Entwicklung entgegenzuwirken, erklärte der Präsident der EZB, Mario Draghi, er werde sich "mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln" gegen die Gefahr einer Deflation stemmen. Dies wurde von den Marktteilnehmern nach zwei Leitzinssenkungen und der Einführung eines negativen Einlagenzinses als Ankündigung der EZB für ein Programm zum Ankauf festverzinslicher Wertpapiere für Anfang des Jahres 2015 interpretiert. Allein durch diese Ankündigung sanken die Renditen europäischer Staatsanleihen auf neue Tiefstände, sodass die Rendite 10-jähriger Bundesanleihen im Jahresverlauf von 1,95 % auf 0,55 % zurückging. Auch Renditen anderer europäischer Staatsanleihen fielen stark. So sank die Rendite der 10-jährigen Referenzanleihe in Frankreich um 173 Basispunkte auf unter 1 % und in Italien um 224 Basispunkte auf unter 2 %.

Rendite 10-jähriger Staatsanleihen Europa im Jahr 2014:



Besonders stark war der Renditerückgang in den Peripheriestaaten des Euroraums, sodass von einer zunehmenden Konvergenz der Staatsanleiherenditen gesprochen werden kann. Allein Griechenland konnte von dieser Entwicklung wegen der besonderen Verschuldungsproblematik nicht profitieren. Hier ist für das Jahr 2014 eine deutliche Ausweitung des Renditeabstands zu Bundesanleihen zu verzeichnen:

Veränderung der Renditen 10-jähriger Staatsanleihen im Euroraum zu Deutschland im Jahr 2014:



Auch im Bereich der Unternehmensanleihen war ein starker Rückgang der Renditen zu verzeichnen. Die Ursache hierfür lag in der gestiegenen Nachfrage der Investoren, die bei Investitionen in Staatsanleihen keine ausreichenden Erträge mehr erzielen konnten und sich daher anderen Anlageklassen zuwendeten.

Die gegenläufige Politik von EZB und FED sorgte dafür, dass der Wechselkurs des Dollars weltweit, insbesondere aber gegenüber dem Euro mit rund 11 %, stark anstieg. Der Wechselkurs des japanischen Yen hingegen war gegenüber dem Euro in 2014 relativ stabil, verlor aber ebenfalls stark gegenüber dem Dollar. Auch dies war die Folge der Zentralbankpolitik in Japan, wo, ähnlich wie in Europa, die Geldmenge stark erweitert wurde. Das Britische Pfund notierte gegenüber dem Euro im Jahresverlauf stärker, gab jedoch ebenfalls gegenüber dem Dollar nach.

Von der massiven Liquidität, die durch die Notenbanken in den Markt gegeben wurde, profitierten auch die Aktienmärkte. Trotz bereits hoher Bewertungen und erheblicher unterjähriger Schwankungen entwickelten sich die Aktienmärkte im Jahresverlauf 2014 gut, geführt von den USA als Wachstumsmotor mit einer Rendite von 12,5 %. In Europa, wo die Gewinnaussichten der Unternehmen durch die konjunkturelle Abschwächung nach unten korrigiert wurden, konnte dennoch mit 4 % (DAX mit 2,7 %) ein leicht positives Ergebnis erzielt werden. In den Schwellenländern hingegen gingen die Aktienmärkte insgesamt um 5 % zurück. Neben der Wirtschaftsentwicklung litten die Aktienmärkte hier unter der starken Aufwertung des US-Dollars, die zum einen die häufig in US-Dollar vorhandenen Verbindlichkeiten erheblich verteuerten und somit die Gewinne der Unternehmen verringerten. Zum anderen führte der Anstieg des US-Dollars zur Rückführung von Investorengeldern in den Dollarraum.

Wirtschaftlich bedeutsam war auch der Rückgang der Rohstoffpreise im zweiten Halbjahr 2014. Insbesondere der Ölpreis sank zwischen Juli und Dezember 2014 um über 50 %, was u. a. auf den Wandel der USA vom Erdölimporteur zum -exporteur aufgrund eigener Fracking-Förderung zurückzuführen ist. Die Folge dieses rasanten Preisverfalls waren geringere Energiekosten für Verbraucher, was sich in weiter sinkenden Preisen niederschlug. Für rohstoffexportierende Länder entstanden aufgrund der hohen Abhängigkeit vom Ölpreis ökonomische Probleme, wie beispielsweise die starke Abwertung des Rubels in Russland. Auch andere Rohstoffe wie Agrarrohstoffe und Industriemetalle wiesen eine negative Entwicklung auf, die jedoch weitaus weniger gravierend ausfiel als im Energiebereich. Gold hingegen notierte am Jahresende nahezu unverändert gegenüber dem Vorjahr.

Positiv entwickelte sich in 2014 der Immobilienmarkt weltweit mit Ausnahme der Schwellenländer. Insbesondere in Europa machte sich allerdings eine Verknappung von Qualitätsimmobilien aufgrund hoher Investorennachfrage bemerkbar.

Erfreulich war auch die Entwicklung in den Private Equity-Märkten, in denen hohe Bewertungen realisierbar waren. Dies führte zu verstärkter Aktivität im Markt, was ein positives Ausschüttungsjahr für Investoren zur Folge hatte.

Geschäftsverlauf

Die Anzahl der Beteiligten und der zusätzlichen Abrechnungsstellen ist weiter rückläufig. Zwar hat die Zahl der zivilrechtlich verfassten Beteiligten und der ihnen zuzuordnenden zusätzlichen Abrechnungsstellen im Berichtsjahr wie auch in den vergangenen Jahren zugenommen, doch kann das Plus in diesem Bereich nicht das Minus bei den Beteiligten des öffentlichen Rechts auffangen. Dies ist wiederum das Ergebnis der anhaltenden Konsolidierungsmaßnahmen im kirchlichen Bereich. So ist der deutliche Rückgang der bei der Kasse beteiligten Kirchengemeinden von 6.049 auf 5.445 und der ihnen zuzuordnenden Kindergärten von 3.920 auf 3.823 die Folge der bereits erwähnten Zusammenlegungen. Die steigende Zahl der zivilrechtlich verfassten Einrichtungen ist dabei auch auf Ausgliederungen aus dem öffentlichrechtlichen Bereich zurückzuführen.

Auf die Zahl der Pflichtversicherungsverhältnisse wirken sich die Konsolidierungsmaßnahmen nicht aus. Diese ist weiterhin steigend. Lediglich bei den Kirchengemeinden und den Krankenhauseinrichtungen ist ein geringfügiges Minus zu verzeichnen. Durch Arbeitgeberwechsel einzelner Arbeitnehmer von oder zu anderen Arbeitgebern, die bei unterschiedlichen Zusatzversorgungseinrichtungen beteiligt sind, kommt es zu Überleitungen von Versicherungsverhältnissen auf der Grundlage von Überleitungsvereinbarungen der Kassen. Dies führt zu Zu- und Abgängen im Bestand. 5.656 Abgaben von Pflichtversicherungen stehen 4.067 Annahmen gegenüber, sodass im Ergebnis die Kasse in der Pflichtversicherung 1.589 Abgänge mehr als Zugänge zu verzeichnen hat. Damit setzt sich der Trend aus den Vorjahren unverändert fort. Die Zahl der Überleitungen in der Pflichtversicherung ist mit 9.723 deutlich geringer als im Vorjahr (2013: 14.592).

Die hohe Zahl der Überleitungen in 2013 resultierte aus dem Abbau des aufgelaufenen Staus von Überleitungen aus dem Zeitraum, in dem die Kasse die Beteiligung am Überleitungsstatut mit den Kassen der AKA gekündigt hatte.

Nach einem starken Wachstum in den ersten Jahren nach der Umstellung des Versorgungssystems auf das Punktemodell und der Einführung der freiwilligen Versicherung veränderte sich die Anzahl der Verträge der freiwilligen Versicherung mit laufenden Beitragszahlungen in den vergangenen Jahren nur noch wenig. Der Neuzugang ersetzt im Wesentlichen die Abgänge durch Rentenfälle und Beitragsfreistellungen.

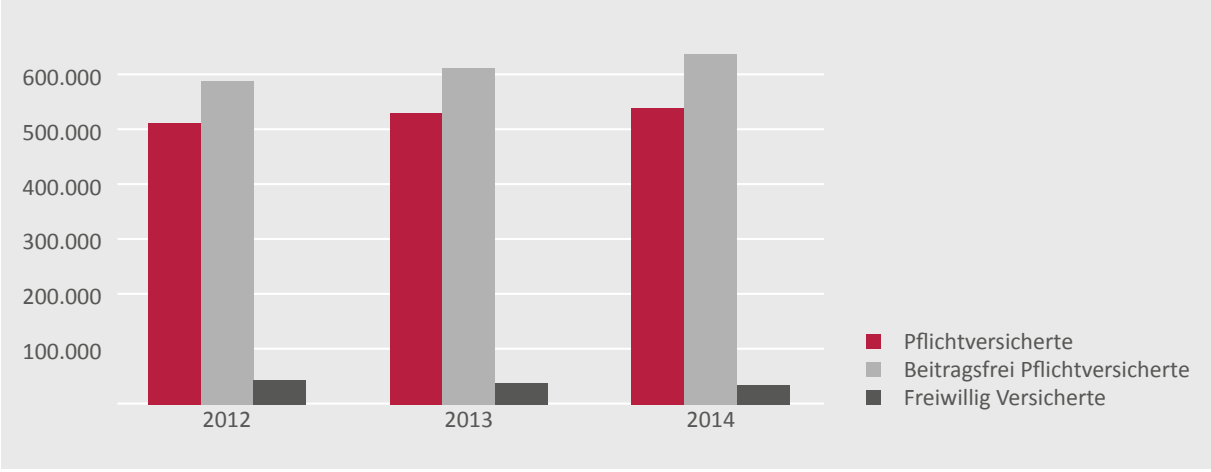
Versicherte und Beteiligte

	2014	Veränderung %	2013	Veränderung %	2012
Pflichtversicherte	521.363	1,1	515.939	1,8	506.586
Pflichtversicherungsverhältnisse	526.697	1,0	521.274	1,8	511.955
Beitragsfrei Pflichtversicherte	633.316	4,1	608.545	4,0	585.051
Freiwillig Versicherte	38.758	-0,5	38.959	-0,6	39.186
Freiwillige Versicherungsverträge	39.943	-0,6	40.182	-0,7	40.447
Beitragsfrei freiwillig Versicherte	11.575	8,2	10.695	11,6	9.586
Anzahl beteiligter Rechtsträger	7.299	- 6,6	7.813	-1,4	7.923
davon partiell Beteiligte	154	14,9	134	7,2	125
Anzahl der Abrechnungsstellen	15.564	- 3,3	16.098	-0,7	16.214

Die Anzahl der Pflichtversicherungsverhältnisse ist prozentual um 1,0 % (Vorjahr 1,8 %) und absolut um 5.423 (Vorjahr 9.319) und damit schwächer als im Vorjahr gestiegen. Die Entwicklung der Anzahl der Versicherten liegt außerhalb des Einflussbereiches der Kasse bei den Beteiligten. Der Zuwachs der beitragsfrei Pflichtversicherten liegt mit 4,1 % (Vorjahr 4,0 %) auf dem Niveau des Vorjahres.

Die Anzahl der freiwillig Versicherten mit Versicherungsverträgen, zu denen laufend Beiträge gezahlt werden, ist ähnlich wie im Vorjahr gesunken. Die Anzahl der beitragsfrei freiwillig Versicherten nimmt auf einem etwas geringeren Niveau unverändert zu.

Anzahl der Versicherten in der Entwicklung von 2012 bis 2014:



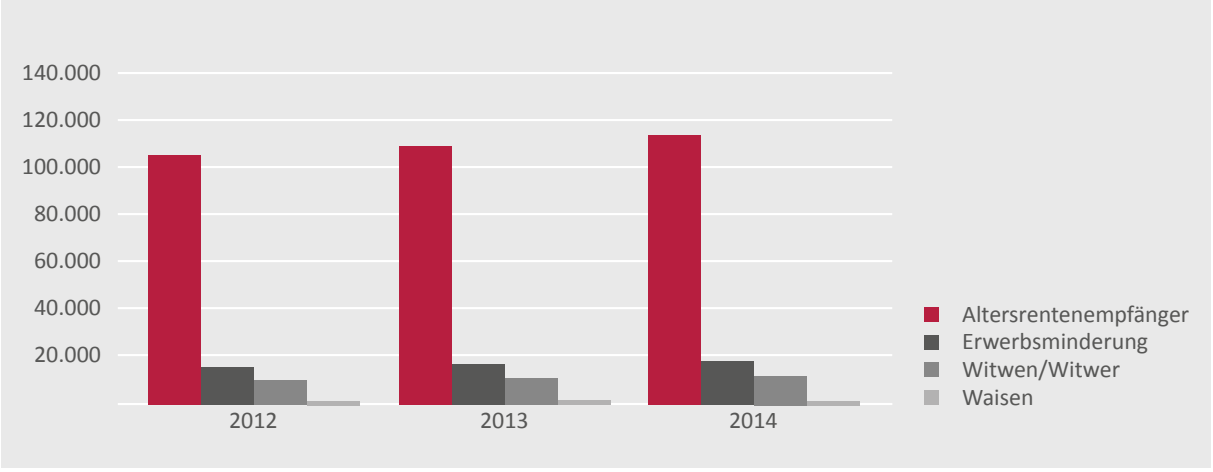
Rentenempfänger

Die Anzahl der Rentenempfänger steigt kontinuierlich an, da es unverändert deutlich mehr Zugänge an neuen Rentnern als Abgänge aufgrund des Versterbens von Rentnern gibt. Dies liegt in erster Linie daran, dass die Kasse erst 1976 gegründet wurde und die Anzahl der Anwärter in den jeweiligen Geburtsjahrgängen, die Jahr für Jahr zu Rentnern werden, noch bis zum stärksten Geburtsjahrgang der Bundesrepublik Deutschland (1964) ansteigt.

Bei insgesamt weiter steigenden Rentnerzahlen verändern sich die durchschnittlichen monatlichen Renten nur leicht, bei Erwerbsminderungsrenten sinken sie stetig. Dies liegt an geringeren durchschnittlichen monatlichen Renten, die Neu-Rentner im Vergleich zu Bestandsrentnern beziehen.

Die Entwicklung der vergangenen drei Jahre ist in der folgenden Tabelle und der zugehörigen Grafik dargestellt:

	2014	Veränderung %	2013	Veränderung %	2012
Gesamtzahl der Rentenempfänger	143.366	4,6	137.097	4,0	131.804
davon Altersrentenempfänger	113.781	4,6	108.825	3,8	104.884
davon wegen Erwerbsminderung	17.257	4,8	16.463	5,5	15.612
davon Witwen und Witwer	10.886	5,2	10.345	5,3	9.827
davon Waisen	1.442	-1,5	1.464	-1,1	1.481
Durchschnittliche Monatsrente (€)	280	0,0	280	0,0	280
für Rentenbezieher (€)	301	0,0	301	0,3	300
für Erwerbsminderungsrenten (€)	221	-1,3	224	-0,9	226
für Witwen und Witwer (€)	188	0,5	187	0,5	186
für Waisen (€)	34	3,0	33	3,1	32



Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Vermögenslage

Aktiva	2014 T€	2013 T€	Veränderung T€	Veränderung %
Immaterielle Vermögensgegenstände	641	4.849	-4.208	-86,8
Kapitalanlagen	16.806.216	15.933.224	872.992	5,5
Forderungen	57.809	13.774	44.035	>100,0
Sonstige Vermögensgegenstände	134.537	141.086	-6.549	-4,6
Rechnungsabgrenzungsposten	171.839	170.284	1.555	0,9
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag (Ausgleichsposten)	5.514.396	659.268	4.855.128	>100,0
Summe Aktiva	**22.685.438**	**16.922.484**	**5.762.954**	**34,1**

Das Vermögen der Kasse ist zur Deckung der satzungsmäßigen Verbindlichkeiten und der Verwaltungskosten bestimmt. Die Kapitalanlagen erhöhten sich vor allem durch die Wiederanlage von Kapitalerträgen und dabei auch von Ausschüttungen aus Investmentfonds, Beitragseinnahmen sowie vereinnahmten Sanierungsgeldern um insgesamt 5,5 % (Vorjahr 5,8 %).

Die Kapitalanlagen setzen sich wie folgt zusammen:

	2014 T€	2013 T€	Veränderung T€	Veränderung %
Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten	210.867	223.574	-12.707	-5,7
Beteiligungen	286.093	282.275	3.818	1,4
Aktien, Investmentanteile und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	6.253.044	5.930.578	322.466	5,4
Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	2.204.756	1.469.745	735.011	50,0
Hypotheken-, Grundschuld- und Rentenschuldforderungen	151	190	-39	-20,5
Namensschuldverschreibungen	2.471.164	2.551.759	-80.595	-3,2
Schuldscheinforderungen und Darlehen	4.951.037	4.709.632	241.405	5,1
Übrige Ausleihungen	1.651	1.819	-168	-9,2
Einlagen bei Kreditinstituten	352.013	688.210	-336.197	-48,9
Andere Kapitalanlagen	75.440	75.440	0	0,0
Gesamt	**16.806.216**	**15.933.222**	**872.994**	**5,5**

Die Zuflüsse und Erlöse aus endfälligen Wertpapieren wurden entsprechend der bestehenden Anlagepolitik der KVZK überwiegend in Wertpapiere mit sehr hoher Kreditqualität investiert. Die Neuanlagen verteilten sich im Wesentlichen auf Inhaberschuldverschreibungen diverser Staaten (T€ 775.043), Schuldscheinforderungen diverser deutscher Bundesländer (T€ 702.000) und Investmentanteile (T€ 409.677).

Direkte Kapitalmarktinvestitionen in den PIIGS-Staaten bestanden in den Ländern Irland (T€ 49.680) und Spanien (T€ 226.934). Sie teilten sich wie folgt auf:

Buchwerte	2014 T€	2013 T€
Staatsanleihen	99.680	99.680
Anleihen der Bundesländer und Regionen	176.934	176.934
Unternehmensanleihen	0	9.666
Gesamt	**276.614**	**286.280**

In den Spezialfonds in der Master-KVG befinden sich im Berichtsjahr folgende PIIGS-Anleihen:

Zeitwerte	2014 T€	2013 T€
Staatsanleihen	5.290	0
Bankanleihen	16.246	0
Unternehmensanleihen	141.580	131.671
Gesamt	**163.116**	**131.671**

Die KZVK hatte im Berichtsjahr weder im Direktbestand noch in den Spezialfonds Anleihen der Republik Zypern, Sloweniens und Griechenlands.

Die Forderungen erhöhten sich im Berichtsjahr um T€ 44.035. Ursächlich ist nahezu ausschließlich das in 2014 für das Abrechnungsjahr 2013 erhobene Sanierungsgeld.

Der Ausgleichsposten hat sich gegenüber dem Vorjahr von T€ 659.268 auf T€ 5.514.396 erhöht. Die Veränderung des Ausgleichspostens ist im Wesentlichen auf den Jahresfehlbetrag von T€ 5.011.672 zurückzuführen, der sich aus der Stärkung der Deckungsrückstellung von T€ 5.758.792 ergab.

Passiva	2014 T€	2013 T€	Veränderung T€	Veränderung %
Versicherungstechnische Rückstellungen	22.585.261	16.826.556	5.758.705	34,2
Andere Rückstellungen	80.377	78.882	1.495	1,9
Verbindlichkeiten aus dem Versicherungsgeschäft	13.843	10.100	3.743	37,1
Sonstige Verbindlichkeiten	5.810	6.745	-935	-13,9
Rechnungsabgrenzungsposten	147	201	-54	-26,9
Summe Passiva	**22.685.438**	**16.922.484**	**5.762.954**	**34,1**

Die Passiva sind insbesondere durch die versicherungstechnischen Rückstellungen geprägt.

Die versicherungstechnischen Rückstellungen stiegen im Berichtsjahr insgesamt um T€ 5.758.705 oder 34,2 % an. Diese Erhöhung resultiert aus der weiteren Anpassung der Rechnungsgrundlagen der Deckungsrückstellungen.

Die tatsächliche Entwicklung der Kapitalmärkte und Versichertenbestände zeigt, dass sich gegenüber den Annahmen zum Zeitpunkt der Umstellung auf das Punktemodell unterschiedliche Abweichungen ergeben haben. Die KZVK hat diese Entwicklung stets sorgfältig beobachtet und erforderliche Maßnahmen getroffen. So bezieht die KZVK bereits seit der Einführung des Punktemodells im Jahr 2002 die jährlichen Rentenanpassungen von 1 % und die sich aus der Gewährung der sozialen Komponente Zurechnungszeit resultierenden Verpflichtungen mit in die Deckungsrückstellung ein. Die zu beobachtenden Änderungen in der Lebenserwartung berücksichtigt die KZVK seit dem Jahr 2008 bilanziell bereits teilweise, indem jedes Jahr eine Stärkung der Deckungsrückstellung entsprechend den aktuell im Bestand beobachteten biometrischen Verhältnissen vorgenommen wurde. Der Bewertung der Verpflichtungen lag die Annahme zugrunde, dass die dauerhafte Erfüllbarkeit der Verpflichtungen bei einem langfristig erzielbaren Ertrag von ca. 4 % der Vermögensanlagen gegeben ist. Im Jahr 2014 hat sich die Situation an den Kapitalmärkten so verschlechtert, dass diese Annahme nicht mehr realistisch erreichbar erscheint. Die tatsächlich mit angemessener Risikogewichtung erzielbare durchschnittliche Vermögensverzinsung hat sich gegenüber dem bei der Umstellung auf das Punktemodell unterstellten Erwartungswert von ca. 6,3 % aktuell in etwa halbiert und ein Niveau unterhalb von 4 % erreicht. Die bereits länger anhaltende Niedrigzinsphase mit aktuell historischen Tiefständen der Renditen sicherer Wertpapiere macht eine Anpassung des Rechnungszinses für die Bewertung der Verpflichtungen erforderlich.

In Abstimmung mit dem Verantwortlichen Aktuar hat die Kasse daher den für die Berechnung der Deckungsrückstellung maßgeblichen Rechnungszins für die Leistungsphase von 5,25 % auf 3,25 % reduziert, sodass der Rechnungszins sowohl für die Anwartschafts- als auch für die Leistungsphase 3,25 % beträgt. Die beobachteten biometrischen Verhältnisse werden jetzt nicht mehr nur in Form einer periodischen Stärkung der Deckungsrückstellung berücksichtigt, sondern in vollem Umfang in die Berechnung der Deckungsrückstellung eingehen.

Durch die Neubewertung der Deckungsrückstellung verringerte sich aus bilanzieller Sicht der Kapitaldeckungsgrad (Verhältnis der Buchwerte der Kapitalanlagen zu den Buchwerten der versicherungstechnischen Rückstellungen) im abgelaufenen Geschäftsjahr auf 74,4 % (Vorjahr 94,7 %). Um diesem Umstand zu begegnen, hat der Verwaltungsrat der KZVK im Berichtsjahr beschlossen, die Beiträge in der Pflichtversicherung von 4,8 % stufenweise jeweils zum 1. Januar ab 2016 auf 5,3 %, ab 2018 auf 5,8 %, ab 2020 auf 6,3 %, ab 2022 auf 6,8 % und ab 2024 auf 7,1 % anzuheben.

Finanzlage

Kapitalflussrechnung	2014 T€	2013 T€
1. Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit	**641.378**	**802.187**
Periodenergebnis vor außerordentlichen Posten	-5.011.672	66.782
Veränderung der Deckungsrückstellungen und der Rückstellung für sonstige satzungsmäßige Leistungen	5.758.705	795.102
Veränderung der Forderungen und Verbindlichkeiten aus dem Versicherungsgeschäft	-40.254	19.171
Veränderung der anderen Forderungen und Verbindlichkeiten und anderen Verbindlichkeiten	-973	-5.082
Gewinn/Verlust aus Abgang von Kapitalanlagen	-34.967	-106.448
Veränderung sonstiger Bilanzposten	-48.586	8.935
Sonstige zahlungsunwirksame Aufwendungen und Erträge	19.125	23.726
2. Cashflow aus der Investitionstätigkeit	**-1.189.167**	**-839.509**
Einzahlungen aus dem Verkauf und der Endfälligkeit von Kapitalanlagen	720.443	1.250.636
Auszahlungen aus dem Erwerb von Kapitalanlagen	-1.909.610	-2.090.145
3. Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit	**156.543**	**-5.062**
Sanierungsgelder	156.543	-5.062
Entnahme aus der Verlustrücklage	0	0
4. Finanzmittelfonds am Ende der Periode	**393.684**	**784.929**
Zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelfonds (Zwischensummen 1 - 3)	-391.246	-42.384
Finanzmittelfonds am Anfang der Periode	784.930	827.314
5. Zusammensetzung des Finanzmittelfonds	**393.684**	**784.929**
Laufende Guthaben und Einlagen bei Kreditinstituten, Schecks und Kassenbestand	393.684	784.929

Die Finanzlage wurde durch die Stärkung der versicherungstechnischen Rückstellungen nicht beeinflusst, da diese Maßnahme liquiditätsunwirksam ist.

Der Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit hat im Wesentlichen aufgrund der niedrigen Verzinsung der Neuanlagen und der Veräußerung von Immobilien in 2013 an einen Spezialfonds und damit gesunkenen, direkt vereinnahmten Mieteinnahmen im laufenden Jahr im Vergleich zum Vorjahr abgenommen.

Die Steigerung des Cashflows aus Finanzierungstätigkeit ist auf die wieder vorgenommene Erhebung des Sanierungsgeldes im Berichtsjahr zurückzuführen.

Ertragslage

	2014 T€	2013 T€	Veränderung T€	Veränderung %
Versicherungstechnische Erträge				
Beiträge und Umlagen	747.032	722.448	24.584	3,4
Erträge aus Überleitungen, Ausgleichszahlungen u.ä.	43.826	62.345	-18.519	-29,7
Erträge aus Kapitalanlagen, davon	**551.269**	**664.855**	**-113.586**	**-17,1**
Erträge aus Grundstücken u. Bauten	13.442	21.087	-7.645	-36,3
Zinsen und ähnliche Erträge	502.860	536.397	-33.537	-6,3
Erträge aus dem Abgang	34.967	107.370	-72.403	-67,4
Veränderung der Deckungsrückstellung	0	37.127	-37.127	-100
Sonstige versicherungstechnische Erträge	117	241	-124	-51,5
	1.342.244	**1.487.015**	**-144.771**	**-9,7**
Versicherungstechnische Aufwendungen				
Brutto-Aufwendungen für Versicherungsfälle	485.089	465.518	19.571	4,2
Aufwendungen für Beitragsüberleitungen und Beitragsrückgewährung	54.402	64.264	-9.862	-15,3
Veränderung der Deckungsrückstellung	5.758.792	831.847	4.926.946	>100
Verwaltungsaufwendungen				
Personalaufwand	17.978	15.575	2.403	15,4
Sonstige Abschreibungen	5.728	495	5.233	>100
Sonstige Aufwendungen	11.995	12.287	-292	-2,4
Aufwendungen für Kapitalanlagen				
Verwaltungsaufwand	5.638	5.475	163	3,0
Abschreibungen	13.396	23.232	-9.836	-42,3
Verluste aus dem Abgang	0	923	-923	-100
	6.353.018	**1.419.616**	**4.933.402**	**>100**
Technisches Ergebnis	**-5.010.774**	**67.400**	**-5.078.174**	**>-100**
Sonstiges Ergebnis	**-898**	**-618**	**-280**	**-45,3**
Jahresüberschuss / -fehlbetrag	**-5.011.672**	**66.782**	**-5.078.454**	**>-100**
Verrechnung mit dem Ausgleichsposten	5.011.672	66.782	5.078.454	>100
Bilanzergebnis	**0**	**0**	**0**	**0,0**

Beiträge und sonstige satzungsmäßige Einnahmen

Die Beiträge und Umlagen erweisen sich als stabil. Trotz struktureller Veränderungen und wirtschaftlich verschlechterten Bedingungen bei vielen Beteiligten hat dies bisher keinen negativen Einfluss auf die Beiträge der KZVK gehabt. Im Gegenteil hat sich die Anzahl der Pflichtversicherten um 1,0 % auf 526.697 leicht erhöht und es ergab sich insgesamt ein Anstieg der Beiträge um 3,4 % auf T€ 747.032.

Der Rückgang der Erträge aus Überleitungen und Ausgleichszahlungen sowie anderer satzungsmäßiger Einnahmen resultiert im Wesentlichen aus um T€ 18.519 gesunkenen Überleitungen.

Kapitalanlageergebnis

Der Rückgang der laufenden Erträge trotz höherem Kapitalanlagenbestand resultiert zum einen aus der in der Vergangenheit durchgeführten Neuanlage, den niedrigen Ausschüttungen der Fonds und einem weiter gesunkenen Zinsniveau der Renditen neu investierter festverzinslicher Wertpapiere. Der durchschnittliche Kupon der Neuanlage des Geschäftsjahres lag bei 2,15 %.

Der Netto-Ergebnisbeitrag der Kapitalanlagen beläuft sich aufgrund der zuvor angegebenen Effekte auf T€ 532.234 nach T€ 635.224 im Vorjahr. In den Aufwendungen für Kapitalanlagen von T€ 19.034 sind vor allem Abschreibungen von T€ 13.396 enthalten, die nahezu ausschließlich Immobilien (T€ 12.863) betreffen. Letztere entfallen mit T€ 4.861 auf planmäßige und mit T€ 8.182 auf außerplanmäßige Abschreibungen.

Die Nettoverzinsung wird in Anlehnung an die Definition des Gesamtverbandes der Deutschen Versicherungswirtschaft e. V. (GDV) als Überschuss der Kapitalanlageerträge über die Kapitalanlageaufwendungen im Verhältnis zum durchschnittlichen Kapitalanlagenbestand auf Basis des Buchwertes berechnet. Die Nettoverzinsung beträgt für den gesamten Bestand 3,3 % (Vorjahr 4,1 % aufgrund von Sondereffekten). Die laufende Durchschnittsverzinsung beträgt 3,1 % (Vorjahr 3,5 %).

Aufwendungen für Versicherungsfälle

Die Aufwendungen für Versicherungsfälle betreffen nahezu vollumfänglich die Betriebsrenten. Aufgrund der steigenden Anzahl von Rentenempfängern (4,6 %) und der jährlichen Anpassung der Renten von 1 % haben die Aufwendungen für Versicherungsfälle um 4,2 % (Vorjahr 3,4 %) zugenommen.

Die erhöhten versicherungstechnischen Aufwendungen beruhen zu etwa 80 % auf der Verwendung eines geänderten Rechnungszinsfußes in den Abrechnungsverbänden der Pflichtversicherung in Höhe von 3,25 % nach Eintritt des Versorgungsfalles, der die Risiken einer anhaltend reduzierten Verzinsung der Kapitalanlagen berücksichtigt.

Verwaltungskosten

Die Verwaltungskostenquote wird ermittelt, indem die Kosten der Funktionsbereiche Abschluss sowie Verwaltung von Versicherungsverträgen zu den Beiträgen ins Verhältnis gesetzt werden. Im Geschäftsjahr lag die Verwaltungskostenquote bei 1,8 % (Vorjahr 1,6 %).

Risikobericht

Allgemeines

Als Pensionskasse im Sinne des Betriebsrentengesetzes hat die KZVK die dauerhafte Leistungserfüllung und damit die langfristige Ausfinanzierung der bestehenden Verpflichtungen sicherzustellen. Hierzu ist es erforderlich, dass die mit der Geschäftstätigkeit verbundenen Risiken im Rahmen eines umfassenden Risikomanagementsystems rechtzeitig erkannt, geschätzt, überwacht, gesteuert und kommuniziert werden. Das Risikomanagementsystem ist aufgrund seiner elementaren Bedeutung ein integraler Bestandteil des Führungs- und Steuerungssystems der KZVK.

Risikomanagementziele und Risikomethoden

Das Risikofrüherkennungssystem der KZVK, welches kontinuierlich weiterentwickelt wird, stellt sicher, dass sowohl die bestehenden Risiken als auch zukünftige, d. h. potenzielle Risiken, kontrollierbar und kalkulierbar sind. Das Risikomanagement zielt daher auf

- die Identifizierung und Quantifizierung von Risiken,
- die Ermittlung von Risikotragfähigkeit/Risikodeckungsmasse,
- die Herbeiführung von Risikosteuerungsmaßnahmen,
- die Kontrolle der beschlossenen Entscheidungen sowie
- die Kommunikation von Risiken.

Die konkrete Ausgestaltung der Risikomanagement- und Risikosteuerungsaktivitäten erfolgt auf der Grundlage interner Regelungen, welche die organisatorische wie auch die methodische Umsetzung des Risikomanagementprozesses beschreiben. Dabei wird eine arbeitsteilige, ressortorientierte und in den Grundzügen an den Anforderungen, die die Aufsicht an Unternehmen aus der gewerblichen Versicherungswirtschaft stellt, orientierte Steuerungs- und Verantwortungslogik verfolgt. Die übergreifende Koordination und zentrale Risikokontrollfunktion liegt hierbei im Ressort Risikomanagement. Die durch Kapitalanlagerisiken verursachte Risikonahme wird vor dem Hintergrund der Risikotragfähigkeit monatlich überprüft. Basis hierfür sind aussagekräftige Berichte zur Risikolage und Kapitalanlagestruktur. Ferner werden umfassend die vorgegebenen Struktur- und Emittenten-Limite überwacht und in einem eigenen Limit-Bericht dokumentiert.

Von besonderer Bedeutung ist die konsequente, sachbasierte und transparente Kommunikation. Institutionalisiert wird diese durch die monatlich stattfindende Sitzung des Risikoausschusses, dem Vertreter der drei Ressorts Kunden und Produkte, Kapitalanlage und Risikomanagement angehören. In diesem steuernden Gremium werden die erstellten Berichte vorgestellt, die Kapitalmarktsituation sowie geplante Maßnahmen der Kapitalanlage diskutiert und Steuerungsentscheidungen besprochen und verabschiedet. Bei besonderen Entwicklungen – beispielsweise an den Kapitalmärkten – tritt das Gremium zudem außerplanmäßig zusammen.

Unternehmensstrategische Risiken

Das primäre Unternehmensziel der jederzeitigen Sicherstellung der vertraglichen und gesetzlichen Verpflichtungen soll durch ein risikoadjustiertes Verhalten in allen Unternehmensbereichen erreicht werden. Für die Kasse existiert eine Reihe interner Vorschriften (z. B. Anlagerichtlinien), die bestimmte Geschäfte mit unkalkulierbarem Risikogehalt untersagen, unternehmensgefährdende Risiken vermindern und negative Entwicklungen frühzeitig erkennen lassen. Die KZVK verfügt über ein umfangreiches Kontroll-, Berichts- und Meldewesen, welches eine effektive Steuerung der Risiken ermöglicht. Die Erfüllung dieser Aufgaben obliegt dem Risikocontrolling.

Besonderen Einfluss auf den Bestand nehmen die versicherungstechnischen und die finanztechnischen Risiken.

Operationelle Risiken

Die operationellen Risiken umfassen die Risiken des laufenden Geschäftsbetriebes, die durch menschliches oder technisches Versagen oder durch externe Einflüsse und Katastrophen entstehen.

Gegen die äußeren Einflüsse schützt sich die Kasse unter anderem durch zwei separat laufende Brandmeldeanlagen, die permanent über gesonderte Telefonleitungen mit der Berufsfeuerwehr der Stadt Köln verbunden sind, sowie durch Einbruchmeldeanlagen, die auf einen in Köln beauftragten Sicherheitsdienstleister aufgeschaltet sind. Der Zugang zu den beiden Betriebsgebäuden der Kasse wird durch eine elektronische Zugangskontrollanlage und ein damit verbundenes elektronisches Öffnungs- und Schließsystem gewährleistet.

Aufgrund der in der Kasse vorliegenden persönlichen Daten der Versicherten ist ein hohes Sicherheitsniveau der Informationstechnologie erforderlich. Daten und Anwendungen sind durch ein umfassendes Zugriffsberechtigungssystem geschützt. Das Kassennetz wird seit Herbst 2014 durch verstärkte Sicherheitsmaßnahmen – kaskadierende Filtermechanismen – regelmäßig in neu aufgebauten Firewall- und Präventionssystemen vor Angriffen geschützt.

Zur Sicherung der IT-Verfügbarkeit werden alle elektronisch gespeicherten Daten regelmäßig gesichert. Die Sicherungsbänder werden an zwei unabhängigen Standorten aufbewahrt. Die wichtigsten Hardware-Komponenten stehen an zwei Standorten zur Verfügung, sodass bei Ausfall

von Servern oder Plattensystemen gleichartige Systeme den Betrieb fortführen können. Vor dem Hintergrund bestehender und künftiger Anforderungen werden aktuell Serverstrukturen, Leitungsnetze und die Betriebssicherheit des Rechenzentrums neu geplant und sukzessive erneuert. Wartungsverträge werden mit kurzen Reaktionszeiten (unter einem Tag) abgeschlossen.

Durch das bei einer nur geringen Fluktuation stetig steigende Durchschnittsalter der Belegschaft erhöht sich sowohl das Arbeitsunfähigkeitsrisiko der einzelnen Beschäftigten als auch mittelfristig das Risiko des Know-how-Verlustes durch das bevorstehende altersbedingte Ausscheiden von Wissensträgern. Den gesundheitlichen Risiken wird durch Maßnahmen der Gesundheitsprävention und Zusammenarbeit mit einem externen Anbieter begegnet, dem drohenden Wissensverlust wird durch eine rechtzeitige Nachfolgeplanung entgegengewirkt.

Rechtliche Risiken

Die gesetzlichen Rahmenbedingungen von Bund, Ländern und der EU sowie die Tarifverträge des öffentlichen Dienstes und die dazu ergangene Rechtsprechung können die Rahmenbedingungen für die Durchführung der betrieblichen Altersversorgung erheblich beeinflussen. Zunehmend ist eine Belastung der Zusatzversorgungskassen mit neuen Verwaltungsverfahren zugunsten der Steuerverwaltung und der gesetzlichen Sozialversicherungseinrichtungen festzustellen. Die KZVK beobachtet die Entwicklung der Gesetzgebung und Rechtsprechung kontinuierlich und systematisch. Sie setzt sich unmittelbar über die bei ihr beteiligten Dienstgeber und ihre Verbände sowie die Katholischen Büros im Meinungsbildungsprozess und in den Gesetzgebungsverfahren aktiv ein.

Rechtliche und wirtschaftliche Risiken können sich im Zusammenhang mit der aktuell vom Bundesgerichtshof (BGH) vorzunehmenden Überprüfung der in den Jahren 2009 und 2010 gefassten Sanierungsgeldhebesatzbeschlüsse ergeben. Der BGH hatte zwar bereits 2012 entschieden, dass die KZVK prinzipiell berechtigt ist ein Sanierungsgeld zu erheben, jedoch gleichzeitig den im Jahre 2002 hierzu gefassten ursprünglichen Hebesatzbeschluss als ermessensfehlerhaft gewertet (Urteil vom 5. Dezember 2012, IV ZR 111/10). Die diesen Beschluss ersetzenden Hebesatzbeschlüsse der Jahre 2009 und 2010 sind bislang von der Rechtsprechung diametral unterschiedlich bewertet worden. Während das OLG Hamm auch diese wiederum als unwirksam angesehen hat, hält das OLG Köln sie – und damit auch die ab dem Jahre 2002 konkret erhobenen Sanierungsgelder – für nicht zu beanstanden.

Beide oberlandesgerichtlichen Entscheidungen liegen derzeit dem Bundesgerichtshof zur endgültigen rechtlichen Klärung vor. Erforderlichenfalls wird sich der BGH auch dazu äußern, ob etwaige Ansprüche der Beteiligten auf Rückzahlung von möglicherweise zu Unrecht erhobenen Sanierungsgeldern (teilweise) verjährt sind. Sollte der BGH die Sanierungsgelderhebung erneut verwerfen, werden die Kassengremien darüber zu befinden haben, ob von den Beteiligten, zur notwendigen Sicherstellung einer auskömmlichen Finanzierung der Anrechte des Abrechnungsverbandes S, ein Finanzierungsbeitrag auf Grundlage der hierzu neu eingeführten Satzungsregelungen (u. a. § 63 a) gefordert wird.

Ein weiteres Risiko stellt die rechtlich noch immer nicht endgültig geklärte Frage dar, ob die im Zuge der Systemumstellung des Jahres 2002 zur Besitzstandswahrung ermittelten soge-

nannten "rentenfernen Startgutschriften" Bestand haben. Zwar wurden diese Startgutschriften, ausgelöst durch die Rechtsprechung des BGH (Urteil vom 14. November 2007, IV ZR 74/06), mittlerweile tarifvertraglich "nachgebessert". Sie liegen aber in ihrer nachgebesserten Form derzeit erneut dem BGH zur Prüfung vor. Der Ausgang dieser Prüfung hat unmittelbare Auswirkungen auf die Höhe der im Abrechnungsverband S geführten Verpflichtungen und damit auf die Art und den Umfang der von den beteiligten Arbeitgebern zu tragenden Lasten in Form von Sanierungsgeld oder Finanzierungsbeitrag.

Versicherungstechnische Risiken

Die kontinuierliche Untersuchung der Bestände zeigt, dass die bei Einführung des Punktemodells zugrunde gelegten biometrischen Rechnungsgrundlagen, die damals für die betriebliche Altersversorgung allgemein üblichen Richttafeln 1998 von Prof. Dr. Klaus Heubeck, angesichts der Besonderheiten der Bestände und der deutlich weiter steigenden Lebenserwartung nicht mehr angemessen sind. Für die Berechnung der Deckungsrückstellung werden nun die in der betrieblichen Altersversorgung verwendeten Generationentafeln 2005G, modifiziert nach den Anforderungen der Bestände mit ihren tatsächlich beobachteten Todesfällen bei Rentenempfängern und tatsächlich beobachteten Erwerbsminderungsfällen, zugrunde gelegt. Darüber hinaus wurde aufgrund des Risikos der Nichterwirtschaftung des Rechnungszinses in künftigen Perioden zur Vermeidung bilanzieller Risiken auch einer Veränderung des Rechnungszinsfußes in Form einer Senkung Rechnung getragen.

Aus Gründen der Vorsicht kann seit dem 21. Dezember 2012 das Wahlrecht zum Ausschluss der Hinterbliebenenversorgung in der freiwilligen Versicherung nicht mehr ausgeübt werden. Damit hat die KZVK angemessen auf die Anforderungen des Europäischen Gerichtshofs an einheitliche Beiträge für Männer und Frauen reagiert, selbst wenn diese nicht zwingend auf alle Formen der betrieblichen Altersversorgung anzuwenden wären. Risiken aus dem Versichertenbestand, die weitere Maßnahmen erfordern würden, sind zurzeit nicht erkennbar.

Finanztechnische Risiken

Risiken aus Kapitalanlagen

Die Finanzanlagen der KZVK unterliegen unter anderem Risiken aus der Entwicklung der Kapitalmärkte. Beim Kapitalanlagegeschäft besteht das wesentliche Risiko darin, zeitraumbezogene erforderliche Ergebnisziele zu verfehlen und festgeschriebene Zinsverpflichtungen nicht erfüllen zu können. Im Einzelnen sind die Kapitalanlagenbestände dabei insbesondere folgenden Gefahren ausgesetzt:

- Abschreibungen auf Anlagen als Folge von Adressausfällen (Kredit- oder Bonitätsrisiko)
- Abschreibungen infolge von Marktpreisänderungen (Marktänderungsrisiko)
- Abschreibungen wegen Änderung von Währungsrelationen (Währungsrisiko)
- Marktzinsen, die über einen längeren Zeitraum unter den in den Zusagemodellen verwendeten Rechnungszinsen liegen (Rechnungszinsrisiko)
- Druck zur Verlustrealisierung bei Liquiditätsengpässen (Liquiditätsrisiko)

Hinsichtlich der Immobilienanlagen kommen Nutzungs- und Vermietbarkeitsrisiken, d. h. Ertragsausfallrisiken und Verwertungsrisiken, hinzu. Bei einigen Investitionen – z. B. in alternativen oder strukturierten Anlageprodukten – können sich zusätzliche Risiken u. a. aus dem Einsatz von Leverage-Effekten ergeben, die in der Regel in unterschiedlichem Umfang in den Produkten genutzt werden. Als weitere Risiken sind Transparenz-, Struktur- und Managerrisiken zu nennen.

Um gefährdende Entwicklungen frühzeitig erkennen und in ihren Auswirkungen auf die KZVK beschränken zu können, ist die Steuerung von Finanzmarktrisiken eine unabdingbare Voraussetzung. Die einzelnen Risiken werden kontinuierlich beobachtet und geschätzt sowie die Einhaltung der Limite und internen Anlagerestriktionen stetig überwacht. Die Risikobeurteilung setzt bei der Ertrags- und Risikoanalyse auf Basis der Marktwerte sowie der systematischen Finanzmarktrisiken der KZVK an. Darauf aufbauend wurde eine risikoadjustierte Kapitalanlagestrategie zur optimalen Investition der Kapitalanlagen in Relation zur Verpflichtungsseite implementiert sowie die notwendigen und angemessenen Risikobudgets für jeden Abrechnungsverband ermittelt.

Aktiv-/Passiv-Risiken (Asset-/Liability-Management)

Das Aktiv-/Passiv-Risiko oder ALM-Risiko bezeichnet das Risiko einer unerwarteten Erhöhung der Deckungslücke aufgrund von Marktpreisänderungen. Unter Deckungslücke wird in diesem Zusammenhang der Unterschied zwischen dem Barwert des erwarteten Leistungszahlungsstroms (Deckungsrückstellung zum Marktwert) und der Kapitalanlagen zu Marktwerten je Abrechnungsverband verstanden.

Die Risikolage wird in diesem Steuerungskreis ganz überwiegend durch die Zinsbindungsdifferenz zwischen den Passiva (Deckungsrückstellungen) und den disponierten Zinsbindungen auf den Aktivseiten der drei Abrechnungsverbände beherrscht (Zins-Gap). Eine Deckung erfolgt in diesem rein betriebswirtschaftlich orientierten Steuerungskreis aus den Marktbewertungen wesentlicher Bestände der Bilanz, also auch der Deckungsrückstellung.

Unter dieser Betrachtungsweise haben alle drei Abrechnungsverbände der KZVK stille Lasten im Aktiv-/Passiv-Kontext. Die ökonomische Risikolage kann über die Zeit durch eine Annäherung der aktivischen Zinsbindung, d. h. eine Erhöhung der Duration der Wertpapierbestände, an die hohe Duration der Deckungsrückstellung abgemildert werden. Die modifizierte Duration der Wertpapierbestände der KZVK wurde aufgebaut.

Allerdings stellt das Aktiv-/Passiv-Risiko für die KZVK insgesamt noch das bedeutendste und langfristig, insbesondere vor dem Hintergrund einer möglicherweise noch länger andauernden Niedrigzinsphase, auch das strategisch wichtigste Risiko dar.

Prognosebericht (Ausblick)

Aus Gründen der anhaltend niedrigen Zinsen auf den Kapitalmärkten bei unverändert hohem Leistungsniveau in der Zusatzversorgung wurden vom Verwaltungsrat der Kasse im Dezember 2014 Maßnahmen zur Stabilisierung der Finanzierung ergriffen. Im Einzelnen wurde beschlossen, die Beiträge in der Pflichtversicherung von 4,8 % stufenweise jeweils zum 1. Januar ab 2016 auf 5,3 %, ab 2018 auf 5,8 %, ab 2020 auf 6,3 %, ab 2022 auf 6,8 % und ab 2024 auf 7,1 % anzuheben. Diese Maßnahmen greifen jedoch erst im Jahr 2016.

Aufgrund der Entwicklung an den Kapitalmärkten besteht auch ein Anpassungsbedarf für die freiwillige Versicherung. Die freiwillige Versicherung hat ein im Vergleich zur Pflichtversicherung deutlich kleineres Gesamtvolumen und die sich abzeichnenden Finanzierungslücken sind im Vergleich zur Pflichtversicherung absolut gesehen um ein Vielfaches kleiner. Gleichwohl besteht auch hier kurzfristiger Handlungsbedarf. Die Kasse prüft gegenwärtig, wie und in welchem Umfang sie auf diese Entwicklungen angemessen reagieren kann.

Für das Jahr 2015 wird aufgrund von Tarifsteigerungen und moderat wachsenden Versichertenzahlen von einem leichten Anstieg der Beiträge in der Pflichtversicherung ausgegangen. Steigerungen beim Netto-Ergebnisbeitrag der Kapitalanlagen werden trotz einer Erhöhung des Kapitalanlagebestandes vor dem Hintergrund des anhaltend niedrigen Zinsniveaus nicht erwartet. Die Erträge werden damit voraussichtlich nicht ausreichen, die höheren Aufwendungen – insbesondere für Versicherungsfälle und aus der Erhöhung der Deckungsrückstellungen – zu kompensieren. Somit wird insgesamt mit einem Jahresfehlbetrag gerechnet.

Nachtragsbericht

Wesentliche Entwicklungen, die eine besondere Berichtspflicht auslösen, sind bis zum Zeitpunkt der Aufstellung des Jahresabschlusses im Geschäftsjahr 2014 nicht eingetreten.

Köln, den 30. April 2015

Der Vorstand

Dr. Claudia Leimkühler Michael Klass Dr. Thomas Treptow

03

JAHRESABSCHLUSS

Bilanz (zum 31. Dezember 2014)

Aktiva	2014 T€	2014 T€	2014 T€	2013 T€
A. Immaterielle Vermögensgegenstände			641	4.849
B. Kapitalanlagen				
I. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten		210.867		223.574
II. Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen				
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	0			0
2. Ausleihungen an verbundene Unternehmen	0			0
3. Beteiligungen	286.093			282.275
4. Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	0	286.093		0
III. Sonstige Kapitalanlagen				
1. Aktien, Investmentanteile und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	6.253.045			5.930.578
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	2.204.756			1.469.745
3. Hypotheken-, Grundschuld-, und Rentenschuldforderungen	151			190
4. Sonstige Ausleihungen				
a) Namensschuldverschreibungen	2.471.164			2.551.760
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	4.951.037			4.709.632
c) Darlehen und Vorauszahlungen auf Versicherungsscheine	0			0
d) übrige Ausleihungen	1.650			1.819
5. Einlagen bei Kreditinstituten	352.013			688.210
6. Andere Kapitalanlagen	75.440	16.309.256	16.806.216	75.440
C. Forderungen				
I. Forderungen aus dem Versicherungsgeschäft an:				
1. Versicherte	0			0
2. Beteiligte	56.303			12.221
3. Andere Zusatzversorgungseinrichtungen	1.102	57.405		1.188
II. Sonstige Forderungen		404	57.809	365
D. Sonstige Vermögensgegenstände				
I. Sachanlagen und Vorräte		718		691
II. Laufende Guthaben bei Kreditinstituten, Schecks und Kassenbestand		41.671		96.719
III. Andere Vermögensgegenstände		92.148	134.537	43.676
E. Rechnungsabgrenzungsposten				
I. Abgegrenzte Zinsen und Mieten		171.277		169.775
II. Sonstige Rechnungsabgrenzungsposten		562	171.839	510
F. Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag (Ausgleichsposten)			5.514.396	659.268
Summe Aktiva			**22.685.438**	**16.922.485**

Passiva	2014 T€	T€	T€	2013 T€
A. Eigenkapital				
I. Verlustrücklage		0		0
II. Gewinnvortrag/Verlustvortrag		0		0
III. Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag		0	0	0
B. Versicherungstechnische Rückstellungen				
I. Beitragsüberträge		0		0
II. Deckungsrückstellung		22.581.120		16.822.328
III. Rückstellung für sonstige satzungsmäßige Leistungen		4.141		4.229
IV. Rückstellung für Überschussbeteiligung		0	22.585.261	0
C. Andere Rückstellungen				
I. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen		36.310		35.759
II. Steuerrückstellungen		0		0
III. Sonstige Rückstellungen		44.067	80.377	43.123
D. Andere Verbindlichkeiten				
I. Verbindlichkeiten aus dem Versicherungsgeschäft gegenüber:				
1. Versicherten	149			226
2. Beteiligten	4.786			2.785
3. Anderen Zusatzversorgungseinrichtungen	8.908	13.843		7.089
II. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten		0		0
III. Sonstige Verbindlichkeiten		5.810	19.653	6.745
davon aus Steuern T€ 334 (Vorjahr T€ 389)				
davon im Rahmen der sozialen Sicherheit T€ 0 (Vorjahr T€ 0)				
E. Rechnungsabgrenzungsposten			147	201
Summe Passiva			**22.685.438**	**16.922.485**

Bestätigung des Verantwortlichen Aktuars

Der Verantwortliche Aktuar, Herr Dr. Friedemann Lucius, hat am 30. April 2015 bestätigt, dass die in der Bilanz unter den Posten II. Ziffer 1 der Passiva eingestellten Deckungsrückstellungen unter Beachtung der technischen Geschäftspläne berechnet worden sind.

Gewinn- und Verlustrechnung (1. Januar bis 31. Dezember 2014)

	2014 T€	2014 T€	2013 T€
1. Beiträge und sonstige satzungsmäßige Einnahmen			
a) Beiträge und Umlagen	747.032		722.448
b) Einnahmen aus der Übertragung von Barwerten, Beitragsrückerstattungen	42.444		57.046
c) andere satzungsmäßige Einnahmen	1.382	790.858	5.299
2. Erträge aus der Auflösung der Rückstellung für Überschussbeteiligung		0	0
3. Erträge aus der Verminderung versicherungstechnischer Rückstellungen		0	37.127
4. Erträge aus Kapitalanlagen			
a) Erträge aus Grundstücken	13.442		21.087
b) Zinsen und ähnliche Erträge	472.034		500.874
c) Erträge aus dem Abgang von Kapitalanlagen	34.967		107.370
d) Erträge aus Zuschüssen	0		0
e) Erträge aus Beteiligungen	30.826	551.269	35.523
5. Sonstige versicherungstechnische Erträge		117	241
6. Aufwendungen für Versicherungsfälle		485.089	465.518
7. Aufwendungen für die Übertragung von Barwerten, Beitragserstattungen, Beitragsrückzahlungen		54.401	64.264
8. Aufwendungen für künftige Überschussbeteiligung		0	0
9. Aufwendungen aus der Erhöhung der Deckungsrückstellung		5.758.792	831.847
10. Aufwendungen für Kapitalanlagen			
a) Abschreibungen	13.397		23.232
b) Aufwendungen für die Verwaltung der Kapitalanlagen und sonstige Aufwendungen	5.638		5.475
c) Verluste aus dem Abgang von Kapitalanlagen	0	19.035	922
11. Personalaufwand			
a) Löhne und Gehälter	12.258		11.211
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	5.720	17.978	4.364
davon für Altersversorgung T€ 300 (Vorjahr T€ 9.612)			
12. Sonstige Abschreibungen			
a) auf immaterielle Vermögensgegenstände	5.460		253
b) sonstige	268	5.728	242
13. Sonstige Verwaltungsaufwendungen			
a) Aufwand für EDV-Anlagen	5.640		3.768
b) Bürobedarf, Telefon-, Telefax- und Postgebühren	1.330		1.143
c) andere Verwaltungsaufwendungen	5.025	11.995	7.376
14. Technisches Ergebnis		**-5.010.774**	**67.400**
15. Sonstige Erträge, soweit sie nicht zu Posten Nr. 1 gehören		702	920
16. Sonstige Aufwendungen		0	0
17. Zinsen und ähnliche Aufwendungen		1.597	1.535
18. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit		**-5.011.669**	**66.785**
19. Außerordentliche Erträge		0	0
20. Außerordentliche Aufwendungen		0	0
21. Außerordentliches Ergebnis		**0**	**0**
22. Sonstige Steuern		3	3
23. Jahresüberschuss/-fehlbetrag		**-5.011.672**	**66.782**
24. Entnahme aus der Verlustrücklage		0	0
25. Einstellung in die Verlustrücklage		0	0
26. Veränderung des Ausgleichspostens		5.011.672	-66.782
27. Bilanzgewinn/-verlust		**0**	**0**

Anhang

Darstellungsform und Gliederung des Jahresabschlusses

Der Jahresabschluss für das Geschäftsjahr 2014 wurde nach den Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung unter Beachtung satzungsmäßiger Bestimmungen und den Vorschriften des Handelsgesetzbuches in der Fassung vom 17. Dezember 2008 aufgestellt.

Die Bilanz und die Gewinn- und Verlustrechnung sind aufgrund des dem Versicherungsgeschäft ähnlichen Geschäfts der KZVK an das Formblatt 1 (Bilanz) und Formblatt 3 (GuV) RechVersV in der Fassung vom 23. November 2007 angepasst.

Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten werden zu Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten, vermindert um planmäßige lineare Abschreibungen, angesetzt. Der einheitlich verwendete Abschreibungssatz beträgt jährlich 2 %.

Beteiligungen sind mit den Anschaffungskosten angesetzt und werden nach dem gemilderten Niederstwertprinzip gemäß § 253 Abs. 2 HGB bewertet.

Aktien, Investmentanteile, Inhaberschuldverschreibungen, andere festverzinsliche und nicht festverzinsliche Wertpapiere werden grundsätzlich nach dem strengen Niederstwertprinzip (§ 253 Abs. 3 HGB) mit den Börsen- oder Marktpreisen sowie Rücknahmepreisen zum Bilanzstichtag angesetzt. Die Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere, die dem Anlagevermögen zugeordnet sind, werden gemäß § 341 b Abs. 2 HGB nach dem gemilderten Niederstwertprinzip zu Anschaffungskosten bewertet.

Hypotheken- und Grundschuldforderungen sind mit dem Nominalwert, vermindert um geleistete Tilgungen, angesetzt.

Namensschuldverschreibungen, Schuldscheinforderungen und Darlehen sowie die übrigen Ausleihungen sind zum Anschaffungskurs angesetzt und werden nach dem gemilderten Niederstwertprinzip gemäß § 253 Abs. 2 HGB bewertet. Ein Darlehen wird zum Bilanzstichtag mit dem Barwert der Restforderung bilanziert.

Strukturierte Finanzinstrumente werden gemäß IDW Rechnungslegungshinweis RS HFA 22 in Ansatz gebracht und nach den Vorschriften des jeweils zugehörigen Bilanzpostens bewertet. Von einer Zerlegung wird nur in den Fällen abgesehen, bei denen im Zugangszeitpunkt die Kriterien zur einheitlichen Bilanzierung gemäß IDW RS HFA 22 erfüllt sind.

Einlagen bei Kreditinstituten, laufende Guthaben bei Kreditinstituten, Forderungen und Rechnungsabgrenzungsposten werden mit dem Nennwert bewertet.

Andere Kapitalanlagen werden grundsätzlich zu Anschaffungskosten bilanziert. Abweichend von diesem Grundsatz werden die in diesem Posten enthaltenen nicht börsenfähigen Genussscheine nach dem strengen Niederstwertprinzip bewertet und mit dem niedrigeren beizulegenden Zeitwert angesetzt.

Bei den Grundstücken, grundstücksgleichen Rechten und Bauten, Beteiligungen, Aktien, Investmentanteilen, Inhaberschuldverschreibungen, anderen festverzinslichen und nicht festverzinslichen Wertpapieren sowie Hypotheken- und Grundschuldforderungen werden außerplanmäßige Abschreibungen gemäß § 253 Abs. 2 Satz 3 HGB auf den niedrigeren beizulegenden Wert bei voraussichtlich dauerhafter Wertminderung vorgenommen. Die KZVK macht von dem Wahlrecht nach § 253 Abs. 5 HGB Gebrauch, dass ein niedrigerer Wertansatz beibehalten werden darf, auch wenn die Gründe dafür nicht mehr bestehen.

Die Berechnung der Deckungsrückstellung für die Abrechnungsverbände S und P erfolgte auf Grundlage der Richttafeln 2005G von Prof. Dr. Klaus Heubeck, die entsprechend den im Bestand beobachteten biometrischen Verhältnissen angepasst wurden. Darüber hinaus wurde das Risiko der Frühpensionierung berücksichtigt.

Aufgrund der Erwartung eines mittel- und langfristig reduzierten Zinsniveaus der Kapitalanlagen im Vergleich zu den bis 2013 angesetzten Rechnungszinssätzen des Altersvorsorgeplans wurde für die Berechnung der Deckungsrückstellung der Rechnungszins der Leistungsphase von 5,25 % auf 3,25 % reduziert, sodass der Rechnungszins sowohl für die Anwartschafts- als auch für die Leistungsphase 3,25 % beträgt.

Für den Abrechnungsverband F wurden im Vergleich zum Vorjahr keine Änderungen vorgenommen. Neben einer Berechnung auf Grundlage der Richttafeln 1998 von Prof. Dr. Klaus Heubeck erfolgt unverändert eine weitere Berechnung aufgrund der modifizierten Richttafeln 2005G. Die Differenz aufgrund der biometrischen Verhältnisse wird der Deckungsrückstellung im Abrechnungsverband F als Stärkung zugeführt.

Die Pensionsrückstellung, die Rückstellung für Altersteilzeitverpflichtungen sowie die Jubiläums- und die Beihilferückstellung werden auf Basis eines versicherungsmathematischen Gutachtens mit dem Barwert der erwarteten zukünftigen Leistungen bewertet. Dabei werden die Richttafeln 2005G von Prof. Dr. Klaus Heubeck mit einem gegenüber dem Vorjahr unveränderten Rechnungszinsfuß von 3,5 % angewendet.

Die sonstigen Rückstellungen werden in Höhe der zu erwartenden Aufwendungen aufgrund von Erfahrungswerten gebildet.

Die Verbindlichkeiten aus dem Versorgungsgeschäft und die anderen Verbindlichkeiten sind mit dem Rückzahlungsbetrag bilanziert.

Angaben zur Bilanz

Aktiva

ZU A. IMMATERIELLE VERMÖGENSGEGENSTÄNDE

Die wesentliche Veränderung bei den immateriellen Vermögensgegenständen resultiert aus der außerplanmäßigen Abschreibung auf geleistete Anzahlungen aufgrund der vorzeitigen Beendigung von zwei Softwareprojekten in Höhe von T€ 5.195.

ZU B. KAPITALANLAGEN

Die Gesamtsumme der fortgeführten Anschaffungskosten der Kapitalanlagen beträgt T€ 16.806.216. Der Zeitwert beläuft sich zum Abschlussstichtag auf T€ 19.768.043.

ZU B. I. GRUNDSTÜCKE, GRUNDSTÜCKSGLEICHE RECHTE UND BAUTEN

In dem Posten sind Betriebsimmobilien mit einem Anteil von 6,1 % des Direktimmobilienbestandes enthalten. Diese werden von der KZVK als Verwaltungsgebäude genutzt und der Buchwert beträgt T€ 12.950.

Die Abschreibungen des Direktimmobilienbestandes betragen planmäßig T€ 4.681 (Vorjahr T€ 5.571) und außerplanmäßig T€ 8.182 (Vorjahr T€ 6.825).

Der Zeitwert gemäß § 55 RechVersV des Grundbesitzes wurde nach dem Ertragswertverfahren sowie von Gutachtern ermittelten Werten berechnet und beträgt aufgrund der zuletzt erstellten Gutachten T€ 247.810.

ZU B. II. KAPITALANLAGEN IN VERBUNDENEN UNTERNEHMEN UND BETEILIGUNGEN

ZU B. II. 3. BETEILIGUNGEN

Die Kasse hält Anteile an vier GmbHs, die als Holdinggesellschaften für Beteiligungen an Private Equity Fonds dienen. An der PE Rhenus GmbH mit Sitz in Köln hält die KZVK 99,6 % der Anteile. Bei der PE Moenus GmbH und bei der PE Lortium beträgt der Anteil 98 % und der Sitz der Gesellschaften ist München. Die KZVK ist mit 99,6 % Anteilseigner an der PE Albis mit Sitz in Hamburg. Der Wert dieses Bilanzpostens entwickelte sich im Geschäftsjahr wie folgt:

	T€
Bestand am 31.12.2013	**282.275**
Zugänge	3.818
Abgänge	0
Abschreibungen im Geschäftsjahr	0
Bestand am 31.12.2014	**286.093**

Zur Beurteilung der Wertentwicklung der GmbHs wurden – soweit schon vorhanden – die jeweiligen, aktuellen Jahresabschlüsse herangezogen. Bei Nicht-Vorliegen eines aktuellen Jahresabschlusses wurden auf der Basis des letztverfügbaren Jahresabschlusses die Beteiligungen zu fortgeführten Anschaffungskosten oder auf der Basis der für das IV. Quartal 2014 vorliegenden Daten bewertet.

	Zeitwert (in T€)	Buchwert (in T€)	Stille Reserve (in T€)
PE Albis GmbH	129.424	116.090	13.334
PE Lortium GmbH*	68.846	58.173	10.673
PE Moenus GmbH*	75.620	62.475	13.145
PE Rhenus GmbH	57.317	49.355	7.962

* Jahresabschluss vom 31.12.2013

ZU B. III. SONSTIGE KAPITALANLAGEN

ZU B. III. 1. AKTIEN, INVESTMENTANTEILE UND ANDERE NICHT FESTVERZINSLICHE WERTPAPIERE

Dieser Posten enthält neben den Aktien (T€ 578) und den nicht festverzinslichen Wertpapieren (T€ 47.851) Investmentanteile in Höhe von T€ 6.204.615. Der gemäß § 56 RechVersV ermittelte Zeitwert beträgt zum Abschlussstichtag für die Aktien T€ 1.789, für die nicht festverzinslichen Wertpapiere T€ 63.811 und für die Investmentanteile T€ 7.039.904.

Die Aufteilung der Investmentanteile zeigen die folgenden Tabellen.

Name	Anteil %	Aufteilung	Region	Buchwert 31.12.2014 T€
Fonds A	30,1	Renten	Global	1.695.869
Fonds B	17,3	Renten: Unternehmen	USD	971.605
Fonds C	12,3	Renten: Unternehmen	Euro	693.693
Fonds D	6,9	Aktien	Nordamerika	387.427
Fonds E	6,4	Aktien	Europa	359.100
Fonds F	4,0	Renten: Emerging Markets	Global	223.830
Fonds G	3,7	Private Equity	Euro	208.447
Fonds H	3,7	Renten: High-Yield	USD	207.068
Fonds I	3,6	Renten: High-Yield	Euro	204.362
Fonds J	2,8	Aktien	Pazifik	159.977
Fonds K	2,7	Aktien	Emerging Markets	151.827
Fonds L	2,4	Immobilien: REITs	Nordamerika	136.952
Fonds M	2,4	Währungsoverlay	Global	134.965
Fonds N	1,1	Taktisches Overlay	Global	59.492
Fonds O	0,5	Immobilien: REITs	Asien	27.606
Fonds P	0,1	Sonstige Liquidität, Forderungen, Verbindlichkeiten	Global	5.490
Gesamt	**100,0**			**5.627.709**

Darüber hinaus werden fünf Immobilienfonds gehalten.

Name	Anteil %	Regionale Aufteilung	Buchwert 31.12.2014 T€
Immo-Fonds A	88,83	Deutschland	502.429
Immo-Fonds B	2,9	Europa	17.266
Immo-Fonds C	3,4	Europa	23.585
Immo-Fonds D	3,0	Europa	18.626
Immo-Fonds E	1,9	Europa	15.000
Gesamt	**100,0**		**576.906**

Im Jahr 2014 wurden im Immobilienfonds-Bereich gem. § 253 Abs. 3 HGB Abschreibungen in Höhe von T€ 70 und auf andere nicht festverzinsliche Wertpapiere in Höhe von T€ 182 vorgenommen.

ZU B. III. 2. INHABERSCHULDVERSCHREIBUNGEN UND ANDERE FESTVERZINSLICHE WERTPAPIERE

Der unter diesem Posten ausgewiesene Bestand betrifft im Wesentlichen in Euro denominierte Inhaberschuldverschreibungen europäischer Staaten sowie öffentlich-rechtlicher Körperschaften der Europäischen Union. Der gemäß § 56 RechVersV ermittelte Zeitwert der Inhaberschuldverschreibungen beträgt T€ 2.751.379. Den stillen Reserven in Höhe von T€ 546.623 stehen keine stille Lasten gegenüber.

Im Jahr 2014 wurden auf Inhaberschuldverschreibungen gem. § 277 Abs. 3 HGB keine Abschreibungen vorgenommen.

ZU B. III. 3. HYPOTHEKEN- UND GRUNDSCHULDFORDERUNGEN

In diesem Posten sind ausschließlich Baudarlehen an Mitarbeiter der Kasse enthalten. Im Geschäftsjahr 2014 wurden keine neuen Baudarlehen gewährt. Der Zeitwert dieses Postens beträgt zum Geschäftsjahresende T€ 151.

ZU B. III. 4. SONSTIGE AUSLEIHUNGEN

ZU B. III. 4. a) NAMENSSCHULDVERSCHREIBUNGEN

Hierunter fallen im Wesentlichen Namensschuldverschreibungen von staatsgarantierten und supranationalen Einrichtungen, Namenskommunalobligationen und Namenspfandbriefe von Hypothekenbanken und Landesbanken sowie Namenssparbriefe von Sparkassen.

Für die Namensschuldverschreibungen beträgt der kalkulatorisch ermittelte Zeitwert unter Verwendung interner Bewertungsmodelle zum Bilanzstichtag T€ 3.031.055. Bei diesem Modell werden die jeweiligen Zahlungsströme unter Berücksichtigung der Zinsstrukturkurve und des spezifischen Credit-Spreads diskontiert.

Den stillen Reserven in Höhe von T€ 559.891 stehen keine stille Lasten gegenüber.

Der bei Endfälligkeit der Wertpapiere zu erzielende Nominalwert beträgt T€ 2.759.104.

Im Jahr 2014 wurden auf Namensschuldverschreibungen gem. § 277 Abs. 3 HGB Abschreibungen in Höhe von T€ 281 vorgenommen.

ZU B. III. 4. b) SCHULDSCHEINFORDERUNGEN UND DARLEHEN

Unter diesem Posten werden insbesondere Schuldscheindarlehen von Bundesländern sowie dem Finanzsektor ausgewiesen. Der kalkulatorisch ermittelte Zeitwert der Schuldscheinforderungen und Darlehen beträgt unter Verwendung interner Bewertungsmodelle zum Geschäftsjahresende T€ 5.855.374. Den stillen Reserven in Höhe von T€ 909.364 stehen stille Lasten in Höhe von T€ 5.026 gegenüber. Die stillen Lasten stellen keine voraussichtlich dauerhaften Wertminderungen dar. Insofern ist keine Abschreibung erforderlich.

Der bei Endfälligkeit der Wertpapiere zu erzielende Nominalwert beträgt T€ 4.989.904.

ZU B. III. 5. EINLAGEN BEI KREDITINSTITUTEN

Bei den Einlagen bei Kreditinstituten handelt es sich um Termingelder in Höhe von T€ 212.002 und Tagesgelder in Höhe von T€ 140.011, die zur kurzfristigen Anlage liquider Mittel bei den Hausbanken der KZVK angelegt sind.

Der Buchwert entspricht bei diesem Posten dem Zeitwert.

ZU B. III. 6. ANDERE KAPITALANLAGEN

Unter diesem Posten werden verbriefte Genussrechte inländischer Kreditinstitute in Höhe von T€ 73.220 (Vorjahr T€ 73.220) ausgewiesen, die zum Abschlussstichtag einen Zeitwert in Höhe von T€ 80.879 besitzen. Sie gewähren einen fixen Kupon in Abhängigkeit des Jahresergebnisses des Emittenten. Die Kasse nimmt in voller Höhe der Nominalbeträge der Genussscheine an eventuellen Verlusten der Emittenten teil. Nachschusspflichten sind mit den Genussrechten nicht verbunden.

Des Weiteren sind in diesem Posten Genossenschaftsanteile in Höhe von T€ 2.220 (Vorjahr T€ 2.220) an vier kirchlichen Banken enthalten. Der Zeitwert auf Basis der Barwertberechnung beträgt T€ 11.020. Daraus resultieren stille Reserven von T€ 8.800. Die bei einem Genossenschaftsanteil ermittelte stille Last von T€ 35 wurde nicht abgeschrieben, da eine dauerhafte Wertminderung nicht erwartet wird.

ZU C. FORDERUNGEN

Dieser Posten beinhaltet zum größten Teil Forderungen aus noch nicht bezahlten, aber zum Geschäftsjahresende fälligen Sanierungsgeldrechnungen nach Einzelwertberichtigungen in Höhe von T€ 50.672.

ZU D. SONSTIGE VERMÖGENSGEGENSTÄNDE

ZU D. I. SACHANLAGEN UND VORRÄTE

Bei diesem Posten handelt es sich um die Betriebs- und Geschäftsausstattung der Betriebsimmobilien der KZVK.

ZU D. II. LAUFENDE GUTHABEN BEI KREDITINSTITUTEN, SCHECKS UND KASSENBESTAND

Bei dem Betrag in Höhe von T€ 41.671 handelt es sich um laufende Guthaben bei elf verschiedenen Kreditinstituten und um einen geringen Bar- und Frankierbestand in Höhe von T€ 13.

ZU D. III. ANDERE VERMÖGENSGEGENSTÄNDE

Der größte Anteil dieses Bilanzpostens entfällt mit T€ 47.799 auf den Teilabgang eines Schuldscheindarlehens, das im Januar 2015 zur Auflösung kommt. An zweiter Stelle folgen mit T€ 40.231 bereits im Dezember an die Versorgungsempfänger ausgezahlte Renten für den Monat Januar 2015. Die Forderungen aus Mieten und Nebenkosten stellen mit T€ 3.784 den drittgrößten Posten dar, der hauptsächlich noch nicht abgerechnete Betriebskosten betrifft. Mit T€ 593 folgen die von den Mietern erhaltenen Mietkautionen an vierter Stelle.

ZU E. RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN

Der aktive Rechnungsabgrenzungsposten enthält im Wesentlichen abgegrenzte Zinsen, die erst im Folgejahr fällig sind, sowie bereits im Voraus bezahlte Aufwendungen für die Zeit nach dem Abschlussstichtag.

ZU F. NICHT DURCH EIGENKAPITAL GEDECKTER FEHLBETRAG (AUSGLEICHSPOSTEN)

Der Ausgleichsposten hat sich gegenüber dem Vorjahr von T€ 659.268 auf T€ 5.514.396 erhöht. Die Veränderung des Ausgleichspostens ist im Wesentlichen auf den Jahresfehlbetrag von T€ 5.011.672 zurückzuführen, der sich aus der Neubewertung der Deckungsrückstellung von T€ 5.758.792 ergab (siehe hierzu auch Abschnitt "Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden").

Der Neubewertung der Deckungsrückstellung steht im Berichtsjahr kein entsprechender Vermögenszuwachs gegenüber, da die vom Verwaltungsrat der Kasse am 11. November 2014 zur Stabilisierung der Finanzierung der zugesagten Leistungen gefassten Beschlüsse erst ab 2016 greifen. Im Einzelnen wurde beschlossen, die Beiträge in der Pflichtversicherung von 4,8 % stufenweise jeweils zum 1. Januar ab 2016 auf 5,3 %, ab 2018 auf 5,8 %, ab 2020 auf 6,3 %, ab 2022 auf 6,8 % und ab 2024 auf 7,1 % anzuheben. Mit Blick auf die derzeit beim BGH anhängige Überprüfung der vom Verwaltungsrat der Kasse gefassten Hebesatzbeschlüsse zum Sanierungsgeld aus den Jahren 2009 und 2010 hat die Kasse den Sanierungsgeldhebesatz von 1,35 % noch nicht angepasst.

Passiva

ZU B. II. DECKUNGSRÜCKSTELLUNG

Die Deckungsrückstellung stellt den nach versicherungsmathematischen Grundsätzen ermittelten Barwert künftiger Verpflichtungen aus der Versicherungsleistung dar. Die Berechnung wurde von der Heubeck AG nach Maßgabe des § 54 der Kassensatzung und den einzelnen Abrechnungsverbänden zugrunde liegenden Technischen Geschäftsplänen durchgeführt. Sie entwickelte sich wie folgt:

	2014 T€	2013 T€
Stand zum 1.1.	16.822.328	16.027.607
Zuführung	5.758.792	831.847
Auflösung	0	37.126
Endbestand zum 31.12.	**22.581.120**	**16.822.328**

Der Anstieg der Deckungsrückstellung beruht zu über 80 % auf der Verwendung eines geänderten Rechnungszinsfußes für die Abrechnungsverbände S und P von 3,25 % nach Eintritt des Versorgungsfalles, der die Risiken einer anhaltend reduzierten Verzinsung der Kapitalanlagen berücksichtigt. Die übrigen Effekte beruhen im Wesentlichen auf einem geänderten Renteneintrittsalter.

ZU B. III. RÜCKSTELLUNG FÜR SONSTIGE SATZUNGSMÄSSIGE LEISTUNGEN

Zum Bilanzstichtag wurden T€ 4.141 in die Rückstellungen für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle eingestellt. Hierunter sind Verpflichtungen zu verstehen, die bis zum Geschäftsjahresende eingetreten, aber noch nicht abgewickelt worden sind.

ZU C. ANDERE RÜCKSTELLUNGEN

Die größten Posten dieser Bilanzpositionen stellen die Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen in Höhe von T€ 36.310, die Rückstellungen für Prozessrisiken und -kosten in Höhe von T€ 29.029 und die Rückstellungen für Beihilfeansprüche in Höhe von T€ 9.272 dar.

ZU D. ANDERE VERBINDLICHKEITEN

Bei den Verbindlichkeiten aus dem Versorgungsgeschäft gegenüber Versicherten und Beteiligten werden überzahlte Mitgliedsbeiträge, Pflichtumlagen der Beteiligten oder noch auszuzahlende Renten ausgewiesen. Bei dem Posten "Verbindlichkeiten gegenüber anderen Zusatzversorgungseinrichtungen" handelt es sich um Verbindlichkeiten nach dem Überleitungsstatut. In den sonstigen Verbindlichkeiten sind Mietkautionen in Höhe von T€ 593 enthalten, die durch Kautionssparbücher besichert sind. Die restlichen sonstigen Verbindlichkeiten haben eine Restlaufzeit von unter fünf Jahren, wobei der größte Anteil in Höhe von T€ 3.466 auf Verbindlichkeiten aus dem Liegenschaftsbereich entfällt.

ZU E. RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN

Dieser Posten enthält für das folgende Geschäftsjahr vorausgezahlte Mieten in Höhe von T€ 112 und Beiträge in Höhe von T€ 35.

Angaben zur Gewinn- und Verlustrechnung

ZU 1. BEITRÄGE UND SONSTIGE SATZUNGSMÄSSIGE ERTRÄGE

Die hier ausgewiesenen Beträge bestehen hauptsächlich aus den Beiträgen aus der Pflichtversicherung (Abrechnungsverband P) und aus der freiwilligen Versicherung (Abrechnungsverband F) in Höhe von T€ 747.103 und den Beitragsüberleitungen in Höhe von T€ 42.444 (davon T€ 26.670 Abrechnungsverband P und T€ 15.511 Abrechnungsverband S).

ZU 3. ERTRÄGE AUS DER VERMINDERUNG VERSICHERUNGSTECHNISCHER RÜCKSTELLUNGEN

Im Vorjahr beinhaltete dieser Posten ausschließlich die Erträge aus der Auflösung der Deckungsrückstellung im Abrechnungsverband S in Höhe von T€ 37.126. Aufgrund der geänderten Berechnungsgrundlagen ergibt sich in den Abrechnungsverbänden S und P eine Zuführung zur Deckungsrückstellung (siehe hierzu Abschnitt B. II. zur Deckungsrückstellung).

ZU 4. ERTRÄGE AUS KAPITALANLAGEN

Die Erträge aus Kapitalanlagen sind im Vergleich zum Vorjahr um 17,1 % gesunken. Maßgeblich dazu beigetragen haben die geringeren Erträge aus dem Abgang von Kapitalanlagen in Höhe von T€ 34.967 für das Geschäftsjahr (Vorjahr T€ 107.370). Die Vorjahreszahlen waren durch Sondereffekte bedingt.

Darüber hinaus haben sich auch die Zinserträge aufgrund gesunkener Wiederanlagezinsen auf T€ 472.034 (Vorjahr T€ 500.874) verringert.

ZU 5. SONSTIGE VERSICHERUNGSTECHNISCHE ERTRÄGE

Die sonstigen versicherungstechnischen Erträge beruhen im Wesentlichen mit T€ 59 (Vorjahr T€ 163) auf Zinsen auf nachentrichtete Umlagen und Beiträge gemäß § 65 bzw. § 63 Abs. 3 der Kassensatzung, bei denen die Anmeldung zur Pflichtversicherung später als sechs Monate nach Beginn der Versicherungspflicht vorgenommen wurde.

ZU 6. AUFWENDUNGEN FÜR VERSICHERUNGSFÄLLE

Die Aufwendungen für Versicherungsfälle sind aufgrund der gestiegenen Anzahl der Leistungsempfänger erneut gestiegen. Mit einem Anteil von 99,4 % entfallen die Aufwendungen dieses Postens fast ausschließlich auf die Rentenzahlungen.

ZU 9. AUFWENDUNGEN AUS DER ERHÖHUNG DER DECKUNGSRÜCKSTELLUNG

Die Aufwendungen aus der Zuführung zur Deckungsrückstellung betrugen im abgelaufenen Geschäftsjahr T€ 5.758.792 (Vorjahr T€ 831.847). Im Abrechnungsverband S stieg dabei die Deckungsrückstellung um 25 % bzw. T€ 2.368.592 sowie in P um 48,3 % bzw. T€ 3.339.165 (siehe hierzu auch Anmerkungen unter B. II. zur Deckungsrückstellung).

ZU 10. AUFWENDUNGEN FÜR KAPITALANLAGEN

Die Aufwendungen für Kapitalanlagen sind im Vergleich zum Vorjahr um 35,8 % gesunken. Ursächlich für diesen Rückgang sind vorwiegend die um T€ 9.835 geringeren Abschreibungen auf Kapitalanlagen.

ZU 11. PERSONALAUFWAND

Der Anstieg der Personalaufwendungen um 15,4 % (T€ 2.403) gegenüber dem Vorjahr beruht im Wesentlichen mit T€ 940 auf dem Anstieg der Vergütungen der aktiven Mitarbeiter und einer leicht gestiegenen Mitarbeiteranzahl sowie mit T€ 1.356 auf höheren sozialen Abgaben und Aufwendungen. Innerhalb des Sozialaufwandes entstanden vor allem höhere Aufwendungen von T€ 407 aus Beihilfen und Zuführungen zu Pensionsrückstellungen von T€ 309.

ZU 20. AUSSERORDENTLICHE AUFWENDUNGEN

Im abgelaufenen Geschäftsjahr liegen keine außerordentlichen Aufwendungen vor.

Weitere Pflichtangaben

Anzahl der Mitarbeiter

Im Geschäftsjahr 2014 waren (ohne Vorstandsmitglieder und ruhende Arbeitsverhältnisse) bei der KZVK 229 Mitarbeiter (Vorjahr 225) beschäftigt, davon 124 Frauen und 105 Männer. Die Anzahl der teilzeitbeschäftigten Mitarbeiter betrug 64 (Vorjahr 63). Im Jahresdurchschnitt waren 17 Mitarbeiter (Vorjahr 13) befristet beschäftigt. In einem beamtenähnlichen Dienstverhältnis standen 43 Personen (Vorjahr 42).

Haftungsverhältnisse/sonstige finanzielle Verpflichtungen

Die Kasse kann aus Anteilen bei genossenschaftlichen Kreditinstituten (Aktivposten B.III.6.) in Höhe der Haftsummen von T€ 6.440 (Vorjahr T€ 6.440) in Anspruch genommen werden (Nachschussverpflichtungen).

Aus Verträgen ergeben sich noch ausstehende Verpflichtungen in Höhe von T€ 3.193 (Vorjahr T€ 7.321).

Die noch offene Verpflichtung auf Einzahlungen in die Kapitalrücklagen der erworbenen PE-Beteiligungen (Commitments) beträgt insgesamt T€ 102.076 (Vorjahr T€ 141.047).

Organbezüge

Die Gesamtbezüge des Vorstandes betrugen T€ 753. An Bezügen für ehemalige Organmitglieder oder deren Hinterbliebene wurden T€ 331 ausgezahlt. Für diese Personengruppe bestanden zum 31.12.2014 Rückstellungen für Pensionen in Höhe von T€ 4.410. Für die Mitglieder der Gremien wurden Sitzungsgelder und Ersatz von Reisekosten in Höhe von T€ 41 aufgewendet.

Organmitglieder

Verwaltungsrat

Generalvikar Prälat Norbert Kleyboldt, Vorsitzender

Erzbischof Dr. Stefan Heße, stellvertretender Vorsitzender (bis 26. Januar 2015)

Maria Bedersdorfer (ab 1. November 2014)

Michael Birkle (bis 30. November 2014)

Dr. Martin Böckel

Herbert Böhmer

Dieter Erfurth

Georg Grädler (bis 31. Dezember 2014)

Georg Hillenkamp (ab 1. Dezember 2014)

Michael Himmelsbach

Andrea Hoffmann-Göritz

Andreas Jaster

Dr. Birgit Kugel

Hans Jörg Millies

Matthias Mitzscherlich

Dr. Claus C. Nommensen (bis 31. Oktober 2014)

Aloys Raming-Freesen

Thomas Rühl

Stephan Schwär (ab 1. Januar 2015)

Vorstand

Michael Klass, Köln (Vorstandssprecher seit 10. Juli 2015)

Dr. Claudia Leimkühler, Hamburg (Vorstandssprecherin bis 9. Juli 2015)

Dr. Thomas Treptow, Oberasbach (ab 1. August 2014)

Derivative Finanzinstrumente

2014	Buchwert T€	Zeitwert T€	Stille Reserven T€	Stille Lasten T€
in B. III. 1. Aktien, Investmentanteile und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere enthaltene:				
Hedgefonds	47.851	63.811	15.960	0
in B. III. 2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere enthaltene:				
Putable	2.619	3.647	1.028	0
in B. III. 4. a) Namensschuldverschreibungen enthaltene:				
Callable	208.000	222.195	14.195	0
Hedgefonds	13.420	13.420	0	0
in B. III. 4. b) Schuldscheinforderungen und Darlehen enthaltene:				
Callable	97.000	103.813	6.813	0
Hedgefonds	200.553	251.079	50.526	0
Nachrang	151.000	161.034	10.034	0
Rohstoffe	16.005	19.275	3.270	0
in B. III. 6. Andere Kapitalanlagen enthaltene:				
derivative Finanzinstrumente	2.000	2.000	0	0
Gesamt	**738.448**	**840.274**	**101.826**	**0**

Köln, den 30. April 2015

Der Vorstand

Dr. Claudia Leimkühler Michael Klass Dr. Thomas Treptow

04 ERGEBNIS DER ABSCHLUSSPRÜFUNG

Bescheinigung

Zu dem Jahresabschluss und dem Lagebericht haben wir folgende Bescheinigung erteilt:

"An die Kirchliche Zusatzversorgungskasse des Verbands der Diözesen Deutschlands, Köln:

Wir haben den Jahresabschluss – bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang – unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Kirchlichen Zusatzversorgungskasse des Verbands der Diözesen Deutschlands, Köln, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2014 bis 31. Dezember 2014 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften, die gemäß § 54 Abs. 2 der Kassensatzung nach dem Rechtsstand vom 17. Dezember 2008 anzuwenden sind, sowie den ergänzenden Bestimmungen der Satzung liegen in der Verantwortung der gesetzlichen Vertreter der Kasse. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der anzuwendenden Rechnungslegungsvorschriften und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Kasse sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen der gesetzlichen Vertreter sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet. Da es sich bei dem vorliegenden Jahresabschluss nicht um einen Jahresabschluss im Sinne der handelsrechtlichen Vorschriften, wie sie nach den Grundsätzen des EGHGB für das Geschäftsjahr 2014 anwendbar wären, handelt, können wir einen Bestätigungsvermerk nicht erteilen.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den anzuwendenden Rechnungslegungsvorschriften sowie den ergänzenden Bestimmungen der Satzung und vermittelt unter Beachtung dieser Vorschriften ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Kasse. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Kasse und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar."

Köln, 30. April 2015

Ernst & Young GmbH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Vogt	Dr. Horstkötter
Wirtschaftsprüfer	Wirtschaftsprüfer

Vorstehende Bescheinigung darf nur eingebunden in die gesamte vorliegende Berichterstattung verwendet werden. Eine gesonderte Verwendung ist nicht gestattet.

Impressum

HERAUSGEBER
Kirchliche Zusatzversorgungskasse
des Verbandes der Diözesen Deutschlands
Am Römerturm 8
50667 Köln

KONZEPT
unique. Agentur für Kommunikation GmbH & Co. KG, Köln

DRUCK
msk marketingservice köln GmbH, Köln

FOTOGRAFIE
Dorfhelferinnenwerk, Sölden (Seite 20)
Brian Jackson, Shropshire/Fotolia.com (Seite 22)
Claudia Kempf, Wuppertal (Titel, Zwischenseiten, Seiten 6-7, 8, 10, 16, 26-27, 48-49, 66-67)
Frank Springer, Bielefeld (Seite 12)

KZVK
Kirchliche Zusatzversorgungskasse
des Verbandes der Diözesen Deutschlands

Am Römerturm 8, 50667 Köln
Postfach 102064, 50460 Köln

Telefon 0221 2031-0
Fax 0221 2031-410
E-Mail info@kzvk.de

Dieser Geschäftsbericht ist im Internet abrufbar.

www.kzvk.de

KZVK

Die Katholische
Zusatzversorgungskasse